

JULI/AUGUST 2005

blz

ZEITSCHRIFT DER GEW BERLIN

59. (74.) JAHRGANG

SCHWERPUNKT

**Hort und Kita
auf dem
Verschiebebahnhof**

SEITE 6

STANDPUNKT

**Mit Vollgas gegen
die Wand**

SEITE 3

**Luftschloss
Schulgesetz**

SEITE 15

**Notstandsgebiet
Englischunterricht**

SEITE 24

**Der neue GEW-
Vorstand**

SEITE 26





TITELFOTO:
MANFRED VOLLMER

ÜBRIGENS

Grund genug gibt es schon, sich Sorgen zu machen um unsere Jüngsten und das neue Schul- und Kita-Jahr: Die Personaldecke ist so dünn und kurz und die Neuerungen sind so zahlreich wie selten zuvor. Um so wichtiger sind deswegen eure Zuschriften und Artikel über die Situation in euren Einrichtungen.

Einige werden sich fragen, ob die *blz* nun anders wird mit der neuen verantwortlichen Redakteurin. Nein, ihr werdet die *blz* weiterhin wiedererkennen, denn sie soll so gut bleiben, wie sie ist. Dafür sorgt schon die Redaktion, ein starkes Team, das nahezu unverändert geblieben ist.



Warm hat sich der diesjährige Sommer nicht gerade angekündigt, eher unzuverlässig und launisch. Will er etwa in den Wettstreit mit der Politik in diesem Lande treten? Da ist auch nur eines sicher: beste Qualität soll trotz immer geringerer Mittel erreicht werden. Wir wünschen allen Mitgliedern trotzdem einen schönen Sommer. *Sigrid*



Redaktionsschluss *blz* 09: 5. August

IMPRESSUM

Die *blz* ist die Mitgliederzeitschrift der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, Landesverband Berlin, Ahornstr. 5, 10787 Berlin und erscheint monatlich (10 Ausgaben) als Beilage der E&W. Für die Mitglieder ist der Bezugspreis im Mitgliedsbeitrag enthalten. Für Nichtmitglieder beträgt der Bezugspreis jährlich 18 € (inkl. Versand).

Redaktion:

Sigrid Baumgardt (verantwortlich), Klaus Will (Koordination und Schlussredaktion), Beate Frilling, Andreas Kraft, Günter Langer, Bettina Liedtke, Pit Rulff, Ralf Schiweck, Andreas Schmidt, Folker Schmidt.
Redaktionsanschrift: Ahornstraße 5, 10787 Berlin, Tel. 21 99 93-46, Fax -49, E-Mail blz@gew-berlin.de

Anzeigen und Verlag:

GEWNA GmbH, erreichbar wie Redaktion
Für Anzeigen gilt die Preisliste Nr. 9 vom 1.7.2003

Satz, Layout und Konzept:

bleifrei Texte + Grafik/Claudia Sikora/Jürgen Brauweiler
Prinzessinnenstr. 30, 10969 Berlin,
Tel. 61 39 36-0, Fax -18, e-mail: info@bleifrei-berlin.de

Druck:

Gollus Druckerei KG, Gutenbergstr. 6, 10587 Berlin
ISSN 0944-3207 7-8/2005: 22.000



INHALT

3-5 Leute | Standpunkt | Kurz und bündig | Post an die Redaktion |

SCHWERPUNKT

- 6 Hort & Kita auf dem Verschiebebahnhof Andreas Kraft
- 7 Der Tag X rückt immer näher Detlef Marschner
- 9 Ungeeignetes Reformwerk Bärbel Jung
- 11 Kindergärten City Christiane Weißhoff
- 12 So nicht, Herr Böger Klaus Schroeder
- 13 Ein Jahr Kita-Bildungsprogramm Christiane Weißhoff

SOZIALPÄDAGOGIK

14 Mehr Arbeit, weniger Geld Tanja Kraemer

RECHT & TARIF

- 15 Lufts Schloss Schulgesetz Knut Langenbach
- 16 Die neuen Organisationsrichtlinien Sabine Dübbers
- 16 Rauchzeichen I. Uessler-Gothow

EXTRA

17-20 Seminarprogramm GEW

TENDENZEN

21 Mit 19 vor der Klasse Sigrid Gärtner

SCHULE

- 22 „Die Übergabe erfolgt besenrein“ Gerhard Weil
- 23 Bedarf an Integrationsplätzen Thomas Haudel
- 24 Englisch – ein pädagogisches Notstandsgebiet Wolfgang Butzkamm

GEWERKSCHAFT

- 26 Die Landesdelegierten tagten Folker Schmidt
- 29 Wir sind im Ruhestand aktiv Gerhard Schiller
- 30 Nachruf Ursula Schaar Michael Cramer

SERVICE

- 31 Erziehung und Bildung in Venezuela Werner Schumann
- 32 Theater und Schule | Fortbildung | Materialien

LEUTE

Gerhard Schiller ist 80 geworden! Herzlichen Glückwunsch. Seit 1946 ist er gewerkschaftlich organisiert und seit 15 Jahren leitet er die 150 Ruheständler des GEW-Bezirks Lichtenberg. Gerhard Schiller hat nach dem Krieg als Neulehrer begonnen, wurde später an das Pädagogische Zentralinstitut berufen und promovierte an der Humboldt-Universität. Nach weiteren Jahren an der Schule ist er 1988 in den Ruhestand gegangen.

Safter Cinar, nach eigenen Worten „staatlich anerkannter Türke“ und außerdem gerade mit dem Bundesverdienstkreuz ausgezeichnet, ist mit 59 Jahren in den Vorruhestand gegangen. Safter gibt zwar seine Stelle als Leiter der Ausländerberatungsstelle des DGB auf, bleibt aber weiter aktiv: er ist sowohl beim Türkischen Bund, bei der Türkischen Gemeinde und beim Türkischen Elternverein ehrenamtlich tätig. Von 1983 bis 1991 war er auch im Vorstand der GEW BERLIN.

Eva-Maria Stange hat laut *Spiegel* schon neue Karrierechancen: Angeblich wird sie als mögliche Nachfolgerin von Ursula Engelen-Kefer im DGB-Bundesvorstand gehandelt – obwohl sie laut Nachrichtenmagazin „mindestens so kratzbürstig ist wie Engelen-Kefer“. Was der *Spiegel* so alles hört und weiß.

Cordula Eubel wird offensichtlich von einem Saboteur in der Redaktion oder im Redaktionssystem verfolgt. In ihrem *Tagespiegel*-Artikel „DGB befürchtet Radikalisierung“ vom 9. Juni heißt es, der DGB setze sich dafür ein, die Krankenpflegeversicherung in eine „Bürgerverachtung“ umzubauen. Na, na! Aber es kommt noch besser: Der DGB setze sich auch dafür ein, dass die „Regeln für die „Anrechnung des Patientenzimmers beim Arbeitslosengeld II“ gelockert werden. Also, wir sagen mal, was der DGB wirklich will: eine Bürgerversicherung und Lockerung der Anrechnung der Partnereinkommen bei ALG II.

Sabine Kamp hat das schöne Foto vom Girlsday in der Rixdorfer Schmiede gemacht, das wir auf der Rückseite der Juni-*blz* abgedruckt haben. Leider haben wir dort ihren Namen nicht genannt. Das holen wir hiermit nach und bitten gleichzeitig um Entschuldigung für unser Versehen! ■



FOTO: TRANSIT/C.V. POLENTZ

Mit Vollgas gegen die Wand

Ohne zusätzliche Einstellungen werden die Reformen an den Schulen scheitern.

von Rose-Marie Seggelke, Vorsitzende der GEW BERLIN

Das Schuljahr 2005/06 steht vor der Tür und mit ihm eine Fülle von Reformen, die die Qualität der Berliner Bildungseinrichtungen verbessern sollen. Besonders in der Berliner Grundschule soll reformiert werden, was das Zeug hält: Übertragung der Horte an die Schulen, flächendeckende Einführung der verlässlichen Halbtagsgrundschule, Ausbau der gebundenen Ganztagsgrundschulen, Einrichtung der flexiblen Schulanfangsphase mit Vorverlegung des Einschulungsalters um ein halbes Jahr, individualisiertes Lernen und Erweiterung der Stundentafel um den naturwissenschaftlichen Unterricht.

Schulsenator Böger klopfert sich selbst auf die Schulter: Alle Reformvorhaben seien personell und räumlich abgesichert, die Berliner Schulverwaltung habe die richtigen Konsequenzen aus den blamablen Ergebnissen internationaler Vergleichsstudien gezogen, die Berliner Bildungslandschaft werde sich umfassend verändern und schon bald hänge der Bildungsabschluss Berliner Jugendlicher nicht mehr von ihrer sozialen Herkunft ab.

Wer's glaubt, wird selig. Bisher ist weder die Hortübertragung in Sack und Tüten noch die Ausstattung der Ganztagsgrundschulen mit dem erforderlichen pädagogischen Personal. Für die flexible Schulanfangsphase stehen die notwendigen PädagogInnen, die die zusätzlichen 13.500 SchulanfängerInnen für einen erfolgreichen Start in ihre Schullaufbahn benötigen, nicht zur Verfügung. Die VorklassenleiterInnen, die bisher an den Schulen Vorklassen oder Eingangsstufen geführt haben, wissen bis heute nicht, wie sie ihre Qualifikationen im kommenden Schuljahr einbringen sollen. Versetzungen von Kita-ErzieherInnen im Rahmen der Hortübertragung an die Schulen zum 1. August sind bisher so gut wie gar nicht vollzogen worden. Die bislang in Berlin sehr erfolgreiche gemeinsame Erzie-

hung ist in einigen Bezirken durch massive Kürzungen der Lehrerstunden mehr als gefährdet und die für die Integration an Ganztagsgrundschulen notwendige Zuweisung der StützerzieherInnenstellen ist auch noch nicht erfolgt. All das weist darauf hin, dass die auch von der GEW BERLIN begrüßten Reformvorhaben sehenden Auges dem Scheitern preisgegeben werden.

Es kann nicht angehen, dass der Bedarf an zusätzlichen 650 Stellen für Lehrkräfte an Grundschulen für den vorgezogenen Schulanfang durch ein immenses Umsetzungskarussell angeblich überhängiger Lehrkräfte der Sekundarstufe I und II in Richtung Schulanfangsphase gedeckt wird. Es ist pädagogischer Unfug, wenn Lehrkräfte, die zum Teil seit mehr als 15 Jahren ausschließlich die Klassen 7 bis 13 unterrichtet haben, gegen ihren Willen umgesetzt werden und nun die Grundschulreform vorantreiben sollen. Ebenso fragwürdig ist es, wenn „freiwillige“ Studienrätinnen und -räte, die bisher in der gymnasialen Oberstufe unterrichtet haben, ohne jede verbindliche Weiterbildung auf die Grundschulkindergarten, ja sogar auf die 5-Jährigen in der Schulanfangsphase losgelassen werden. Und es ist unerträglich, dass heute, eine Woche vor Beginn der Sommerferien, mehrere hundert Lehrkräfte und ErzieherInnen noch nicht wissen, in welchen Schulen und mit welchen Klassenstufen sie im kommenden Schuljahr arbeiten werden. Dieser Zustand demotiviert nicht nur, er verhindert außerdem auch die gezielte Vorbereitung auf neue Aufgaben.

Die GEW BERLIN bleibt bei ihrer Forderung nach mindestens 650 zusätzlichen Neueinstellungen zum Schuljahr 2005/06 für die Berliner Grundschulen.

Setzen Sie das durch – oder fahren Sie Ihre Reformvorhaben gegen die Wand, Herr Böger! ■



Für ein Bleiberecht für Flüchtlingskinder und -jugendliche und deren Familien demonstrierten rund 200 Schüler, Künstler und Vertreter von Flüchtlingsinitiativen am 6. Juni vor dem Sitz des Bundesinnenministers. Die Aktion ist Teil der Kampagne „Hier geblieben“, die das Grips-Theater, der Berliner Flüchtlingsrat und die GEW BERLIN Anfang April gestartet hatten. Allein in Berlin leben mehr als 6.000 Kinder ohne gesicherten Aufenthaltsstatus.

FOTO: TRANSIT/C.V. POLENTZ

Kein Dienstanfall bei Besorgungen für den Unterricht

Wenn außerhalb der Schule und außerhalb des Unterrichts bei Materialbesorgungen oder -anfertigungen für den Unterricht ein Unfall passiert, ist dies in der Regel kein Dienstanfall nach dem Beamtenrecht. In NRW hatte ein Lehrer 70 km von seinem Wohnort Fotoaufnahmen für den Unterricht gemacht und war auf dem Rückweg mit seinem Auto verunglückt. Dies sei kein Dienstanfall, urteilte das Oberverwaltungsgericht Münster und hat damit das vorausgegangene Urteil des Verwaltungsgerichts bestätigt: Es genüge nicht, dass die Besorgung in irgendeiner Weise den pädagogischen Zielen des Lehrauftrages nützlich und förderlich sei, sondern sie müsse auch zur Durchführung des Unterrichts erforderlich sein. Was darunter falle, sei eine Frage des Einzelfalles, heißt es in der Begründung des Gerichts.

Zehn Jahre Schule gegen Rassismus

237 Schulen mit rund 200.000 SchülerInnen tragen mittlerweile den Titel „Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage“. In Berlin hat gerade das Hermann-Hesse-Gymnasium in Kreuzberg den Titel erhalten, damit gibt es in Berlin neun Schulen, die den Titel tragen. Die Idee von „Schule ohne Rassismus“ wurde bereits 1988 von Schülern und

Jugendarbeitern in Belgien entwickelt. Sie wollten praktisch etwas für eine offene Auseinandersetzung mit Diskriminierungen und Rassismus tun. Das Projekt war so erfolgreich, dass es 1992 als School Zonder Racisme in den Niederlanden eingeführt und 1995 von Aktion Courage in Deutschland initiiert wurde. Zu dieser Zeit standen rassistische Angriffe fast täglich in den Schlagzeilen. Um den Titel zu erhalten, müssen sich SchülerInnen die Grundsätze des Projektes erarbeiten und sie an ihrer Schule bekannt machen. Erst wenn mindestens 70 Prozent aller an der Schule tätigen Personen mit ihrer Unterschrift das Projekt unterstützen, können sie sich für den Titel bewerben.

30 Jahre „Atomkraft – Nein Danke!“

Das gelbe runde Emblem mit der lachenden roten Sonne tauchte 1975 als Markenzeichen des Anti-Atom-Protestes bei den ersten großen Protesten im südbadischen Wyhl auf. Noch 1971 hatte es beim Bau des Kernkraftwerkes Biblis 1971 kaum Proteste gegeben. Gegen den Bau der Kernkraftwerke in Wyhl und Grohnde, gegen das Zwischenlager in Gorleben und den schnellen Brüter in Kalkar waren es dann Zehntausende, die öffentlich protestierten. Die lachende Sonne mit dem lässigen und einprägsamen Spruch war überall dabei – auch auf der Titelseite der November-

blz 1977. Zu diesem Zeitpunkt trat der DGB noch für die Errichtung von Atomkraftwerken ein. Vielleicht holt so mancher den gelben Button im Herbst wieder hervor....

Studie: Kinder sind in Deutschland recht zufrieden

Nach einer Studie des Deutschen Jugendinstitutes sind Kinder und ihre Eltern mit ihrer Familiensituation recht zufrieden. Zwar gibt es in den deutschen Familien häufig häusliche Auseinandersetzungen, deren Anlass oft das Aufräumen des Kinderzimmers ist, aber insgesamt wird das emotionale Klima in den meisten Familien positiv beschrieben. Auch sich selbst finden die 8- bis 9-Jährigen „okay“: Sie erleben sich sozial und kognitiv als sehr aufgeschlossen, probieren gern Neues aus und lernen gerne neue Kinder kennen. Auch die Eltern beschreiben ihre Kinder so. Schlechter sieht es bei den Wohnbedingungen aus: Bei einem Drittel sind sie nicht kindgerecht. Die Wohnung ist zu klein, die Umgebung bietet wenig Spielmöglichkeiten und hat eine hohe Verkehrsbelastung. Ein weiteres Drittel wächst dagegen in ausgesprochen günstigen Verhältnissen auf – weil die Eltern besser verdienen. Auf dem Land und in Westdeutschland sind die Wohnverhältnisse darüber hinaus günstiger als in der Stadt und in Ostdeutschland. Weitere Informationen unter www.dji.de/kinderpanel. Die gesamte Studie umfasst zwei Bände, befragt wurden über 1.000 Kinder, 2.200 Mütter und 1.300 Väter.

Mit Recyclingpapier ins neue Schuljahr

Über 200 Millionen Schulhefte werden jährlich produziert, davon jedoch nur noch 5 bis 10 Prozent mit Recyclingpapier! Obwohl Schulhefte aus umweltfreundlichem Papier unschlagbare ökologische Vorteile haben und sich von der Qualität und im Preis vom herkömmlichen Papier kaum noch unterscheiden, werden sie in vielen Geschäften nicht mehr angeboten. Die „Initiative 2000 plus“ will das ändern und unterstützt Schulen bei der Werbung und beim Einsatz von Recyclingpapier mit Infomaterial und Einkaufsadressen. Die Initiative ist bundesweit aktiv, über 1.200 Schulklassen unterstützen die Aktion und kaufen nur noch Schulmaterialien aus Recyclingpapier. Weitere Informationen unter www.treffpunkt-recyclingpapier.de. Die blz wird übrigens auch auf 100 Prozent umweltfreundlichem Recyclingpapier gedruckt! ■

Unverlangt eingesandte Besprechungsexemplare und Beiträge werden nicht zurückgeschickt. Die Redaktion behält sich bei allen Beiträgen Kürzungen vor. Beiträge möglichst auf Diskette oder per e-mail einsenden. Die in der blz veröffentlichten Artikel sind keine verbandsoffiziellen Mitteilungen, sofern sie nicht als solche gekennzeichnet sind.

Wertevermittlung (Zum Standpunkt „Scheinheilig“ in der Juni-blz)

So sehr ein Pflichtfach zur Wertevermittlung – nicht Werteerziehung, denn das ist Aufgabe der ganzen Gesellschaft, Familie und auch(!) der Schule – nötig ist, um unserer Jugend, besonders auch derjenigen, die nicht aus dem deutschen Kulturkreis kommt, die Werte zu vermitteln, die im Grundgesetz als Allgemeinut für alle verbindlich geregelt sind, so wichtig erscheint mir auch die Wissensvermittlung aller(!) über alle Religionen und Weltanschauungen, um das gegenseitige Verstehen in einer multikulturellen Stadt wie Berlin zu fördern.

Ich halte die Begründung, dass unsere Werte (wessen?) „aus religiösen Fundamenten gewachsen sind“ historisch für richtig, aber ebenso sind sie gewachsen aus der Aufklärung und im Kampf gegen den Klerus. Weshalb aus Ersterem eine Forderung nach einem

GEWERKSCHAFTLICHE BILDUNG FÜR ALLE....

...findet ihr in der Mitte diese Heftes. Das Bildungsprogramm für das 2. Halbjahr bietet wieder für alle etwas: für BetriebsrätInnen, für PersonalrätInnen und Seminare für KollegInnen aus Kitas, Schulen, Betrieben. Nur die Mitglieder in Hochschulen bekommen ihre Seminare gesondert zugeschickt.

Mit dem Bildungsprogramm will die GEW euch unterstützen, euren Berufsalltag zu meistern. Das gilt auch für die Anforderungen, die das neue Schulgesetz an ErzieherInnen, LehrerInnen und SchulleiterInnen stellt. Das Besondere unserer Angebote ist, dass sie sowohl pädagogische als auch gewerkschaftliche Gesichtspunkte berücksichtigen.

Schaut mal rein und meldet euch schnell an, wenn ihr etwas für euch gefunden habt. Manche „Renner“ sind schnell ausgebucht.

Für alle Fragen rund um das Gewerkschaftliche Bildungsprogramm ist Angela Thaller-Frank Ansprechpartnerin in unserer Geschäftsstelle (21 99 93-61). Wir freuen uns auf euch!

Pflichtfach Religion (welcher ??) meiner Meinung nach nicht abgeleitet werden kann. Die Realität in Berlin (in Bayern ist das anders) und auch in Ostdeutschland ist doch so, dass die (christlichen) Kirchen um „den freiwilligen Zulauf fürchten“ und deshalb einen z.T. parteipolitisch verbrämten Kampf mit überzogenen Argumenten führen und dabei ihr christliche Nächstenliebe vergessen. Zum Beispiel wenn Bischof Huber unter Missachtung des 8. Gebots behauptet, Religion solle abgeschafft werden und den Verfassern des neuen Gesetzes unlautere Motive unterstellt und anstelle der SPD, die das demokratisch beschlossen hat, die PDS ins Visier nimmt.

Gerhard Rosenberg

Die Methode schäumt (Zur Klippert-Kritik in der Mai-blz)

Ich habe den in der Mai-blz veröffentlichten Beitrag zu meinem Unterrichtsentwicklungs-Programm in die Hände bekommen und muss schon sagen, dass mich die intellektuelle und wissenschaftspropädeutische Unbedarftheit der beiden AutorInnen doch ziemlich irritiert und geärgert hat. Da wird irgendeine Veranstaltung eines mir völlig unbekanntem Referenten zum Ausgangspunkt genommen, um mein Programm nassforsch in Frage zu stellen und in naiv-polemischer Weise zu kommentieren. Das ist kein seriöser Stil!

Dass Kompetenzen „beliebige und willkürliche Setzungen“ sind, sollte im Zeitalter von PISA und neuen Bildungsstandards eigentlich niemand mehr ernsthaft behaupten. Dass mein Programm auf das Erfahrungswissen der Praktiker verzichte, ist insofern barer Unsinn, als ich seit 25 Jahren aufs Engste mit erfahrenen und innovativen LehrerInnen zusammenarbeite. Und dass ich „keinen Bildungsbegriff hätte und theoretische Erkenntnisse des Lernens ignorierte“, zeugt von der sträflichen Unbelesenheit der AutorInnen. Andernfalls hätten sie merken müssen, dass ich in meinen Büchern stets grundlegende Ausführungen zum erweiterten Bildungsbegriff sowie zum lerntheoretischen Hintergrund meines Ansatzes mache.

Ich kann den beiden Autoren eigentlich nur empfehlen, mal einen Blick in meine Bücher „Lehrerbildung ...“, „Eigenverantwortliches Arbeiten und Lernen ...“ und „Pädagogische Schulentwicklung“ zu werfen oder aber in der einen oder anderen Berliner PSE-Schule zu hospitieren. Vielleicht merken sie dann, dass sie sorgfältiger hätten recherchieren und argumentieren müssen.

Heinz Klippert

ANZEIGE

Zeugniserstellung leicht gemacht!

Das bewährte Programm „Berliner Zeugnisse“ nimmt Ihnen die lästige Schreibarbeit ab. Sie geben nur noch die Daten ein, die Zeugnisse druckt Ihnen Ihr Computer. Das Programm wurde von Kollegen aus der Praxis entwickelt und ist seit mehr als sechs Jahren im Einsatz. Neben der reinen Zeugniserstellung stellt Ihnen „Berliner Zeugnisse“ zahlreiche zusätzliche Funktionen wie Noten- und Klassenlisten, Fehlzeitenübersichten usw. für die Erleichterung ihrer täglichen Arbeit zur Verfügung.

Sie können das Programm aus dem Internet kostenlos herunterladen, um es ausgiebig auszuprobieren. Den Test können Sie mit Ihren echten Daten starten, denn alle Eingaben bleiben beim Einspielen der freigeschalteten Version erhalten. Sie finden das Programm auf unserer Homepage unter

www.gew-berlin.de/zeugnis.htm

Preise

Für GEW-Mitglieder gelten folgende Sonderpreise:

	Online	CD
Grundschule	17,-	25,-
Gesamtschule	37,-	45,-
Hauptschule	17,-	25,-
Realschule	17,-	25,-
Gymnasium	25,-	33,-

Preise für Nicht-Mitglieder unter www.gew-berlin.de/4547.htm, Kollegiumspreise (Mengenstaffel) auf Anfrage.

Die Freischaltung bzw. die Zusendung erfolgt nach Eingang der Zahlung. Updates werden kostenlos oder gegen eine geringe Gebühr im Internet bereitgestellt. Innerhalb eines Jahres nach Erwerb sind alle Updates kostenlos.

Bestellschein auf Seite 28

Berliner Zeugnisse



Wo geht's denn hier zum Hort?

FOTO: VEIT METTE

Hort und Kita auf dem Verschiebebahnhof

Wo geht die Reise hin? Wo sie endet, steht ohnehin in den Sternen.

Die Vorbereitung der Hortverlagerung an die Schulen läuft chaotisch ab. Detlef Marschner beschreibt die Mängel auf dem Weg der Verschiebung. Das unklare Personalkarussell und der Mangel an Leitungsstellen verhindern eine qualitativ gute Vorbereitung der künftigen Zusammenarbeit von ErzieherInnen und LehrerInnen. Bärbel Jung stellt das geplante Kitaförderungsgesetz vor, das außer gewaltigen Umbenennungen und Wortungetümen keine wirkliche Förderung bringt, sondern nur ein Spargesetz ist, dem die Standards zum Opfer fallen und das damit die betroffenen Kinder eher nicht fördert. Christiane Weisshoff beleuchtet ein Jahr „Berliner Bildungsprogramm“.

Dieses Programm für die Kitas bietet eigentlich einen guten Ansatz, dem aber leider die personelle Ausstattung fehlt, um alle geforderten Ziele auch zeitlich umsetzen zu können. Als Personalrätin beleuchtet sie den Umwandlungsprozess der staatlichen Kindergärten in sogenannte Eigenbetriebe. Zum Schluss stellt Klaus Schroeder die Forderungen der „Interessenvertretung der gebundenen Ganztagschulen“ und ihre gelungene Protestveranstaltung vor.

Es ist zu befürchten, dass Kinder, Eltern, ErzieherInnen und LehrerInnen alle zusammen auf der Strecke bleiben. Anstatt die Bildung zu optimieren, wird dieser Zug wohl an Pisa vorbeifahren. ■

Der Tag X rückt immer näher

Hortverlagerung an die Schulen: Keiner weiß, wo es langgeht.

von Detlef Marschner, Vorsitzender der Fachgruppe Schulsozialarbeit

Ab dem 1. August 2005 wird die Gewährleistungsverpflichtung für Hortangebote aus der Jugendverwaltung in den Bereich der Schulverwaltung wechseln. Die Hortbetreuung wird ausschließlich in der Verantwortung der Schulen liegen. Diese können eigene Angebote machen oder in Kooperation mit freien Trägern arbeiten.

In den Ostbezirken ist die Hortverlagerung weitgehend abgeschlossen. Dort konnten die Schulen auf bestehende Erfahrungen bauen, denn die Hortbetreuung an der Schule war kein Neuland. In den Westbezirken aber herrscht große Verunsicherung, da es hier bisher nur wenige Ganztagsgrundschulen gab. Die Verlässliche Halbtagsbetreuung (VHG) existierte bisher nur an etwa 90 Modellschulen mit einer Öffnungszeit bis maximal 13:30 Uhr.

Seit dem Schuljahr 2003/04 gibt es die ersten gebundenen Ganztagsgrundschulen in Berlin. Im Schuljahr 2004/05 sind weitere hinzugekommen. Die personelle Ausstattung der Schulen lief teilweise sehr abenteuerlich ab.

Das Personalkarussell dreht sich

Ende Mai, also zwei Monate vor Beginn des neuen Schuljahres, ist die Situation immer noch unübersichtlich. Unklar war auch noch im Juni, wie viele ErzieherInnen wirklich an die Schulen versetzt werden sollen. Dies liegt zum einen daran, dass es noch keinen verbindlichen Personal-



Ob alle mitkommen, ist nicht klar...

FOTO: KRAFT

schlüssel gibt, zum anderen daran, dass noch nicht endgültig klar ist, wie viele Anmeldungen von Kindern vorliegen. Für die ErzieherInnen, die aus der Kita in die Schule wechseln möchten, ist unklar, nach welchen Kriterien sie an die Schule versetzt werden. Ebenfalls ungeklärt ist bisher, ob und wie viele Integrations-ErzieherInnenstellen es an den Schulen geben wird. Wie der zukünftige Einsatz von ehemaligen VorklassenleiterInnen aussehen wird, ist außerordentlich strittig. Allerdings ist ziemlich sicher, dass sie nach dem Willen des Senats auf den Erzieherschlüssel angerechnet werden sollen.

Leitungsstellen unwichtig

Bei der Personalausstattung ist auch zu kritisieren, dass das Land Berlin nicht beabsichtigt, Leitungsstellen für die sozialpädagogischen Bereiche im offenen Ganztagsbetrieb und in der gebundenen Ganztagsgrundschule einzurichten. Es soll lediglich Stellen für koordinierende ErzieherInnen mit der Eingruppierung V c/V b geben. Angesichts der umfassenden Aufgaben ist diese Eingruppierung ein Witz. Auch die geplanten Freistellungsregelungen für Leitungstätigkeit sind völlig unzureichend: Eine Stelle für Leitungstätigkeit soll es für die Freizeitbereiche nur dann geben, wenn das Erzieherteam mindestens vier Stellen umfasst. Mehr soll es aber auch bei größeren sozialpädagogischen Bereichen nicht geben! Das ist eine erhebliche Reduzierung gegenüber der bisherigen Regelung (Kitapersonalverordnung). Ob oder ab wann die koordinierenden Leitungen von der Arbeit mit den Kindern freigestellt sind und wie die Vertretung organisiert wird, ist bislang auch nicht bekannt.

Die weiteren Planungen lassen nichts Gutes ahnen

Zu weiteren Einsparungen von ErzieherInnenstellen werden auch die neuen Bedarfskriterien beitragen. (Siehe hierzu den Artikel von Bärbel Jung in dieser Ausgabe, Seite 9) Die Neufassung des Schulgesetzes in § 19 Abs. 7 sieht insgesamt vor, dass zahlreiche Rechtsverordnungen erlassen werden sollen, insbesondere:

- das Verfahren der Anmeldung, der Bedarfsprüfung und Aufnahme, einschließlich der Vorgaben für Abschluss und Inhalt der Betreuungsverträge,



FOTO: PRIVAT

- die Voraussetzungen der Aufnahme von SchülerInnen der Jahrgangsstufen 5 und 6,
- die personellen, organisatorischen, baulichen und räumlichen Anforderungen sowie das Verfahren bei der Genehmigung von Betreuungsangeboten von Trägern der freien Jugendhilfe,
- die erforderliche Personalausstattung für das pädagogische Personal entsprechend dem Aufgabeninhalt, dem Aufgabenumfang und der Aufgabenintensität.

Gemeinsame Planung nicht erwünscht

Der Beginn des neuen Schuljahres wird für viele Schulen, für viele ErzieherInnen und Lehrkräfte mit großen Belastungen verbunden sein.

An den Schulen werden viele ErzieherInnen ankommen, die bisher in Kindertagesstätten gearbeitet haben und für die der „Betrieb“ Schule neu ist. Es gibt keine Vorklassen mehr, die Gestaltung der Schuleingangsphase kommt hinzu und eine entsprechende Begleitung fehlt in vielen Fällen.

Grundschul-Lehrkräfte fehlen und Lehrkräfte aus Oberschulen werden an Grundschulen versetzt und müssen sich arbeitsmäßig völlig neu orientieren. KollegInnen, die im nächsten Schuljahr an der Schule arbeiten, erfahren erst in letzter Minute, wo sie eingesetzt werden! Weder die ErzieherInnen noch die Lehrkräfte haben die Chance, sich gemeinsam auf das neue Schuljahr vorzubereiten und Vorstellungen über die künftige gemeinsame Arbeit zu entwickeln. Konzeptionen für die zukünftige sozialpädagogische Arbeit in den Schulen, für die Zusammenarbeit und Verzahnung zwischen Sozial- und Schulpädagogik müssen unter erschwerten Bedingungen erarbeitet werden.

Von der Senatsverwaltung wird immer wieder betont, dass mehr Zeit und engeres Zusammenwirken des pädagogischen Personals bessere Möglichkeiten eröffnet, um Unterricht, individuelle Förderung und Freizeit zu einem integrativen Bildungsangebot zu vernetzen und die Lehr- und Lernformen kind- und sachgerecht weiter zu entwickeln.

Fortbildung und Beratung

Bei der Bewältigung der in der Tat schweren und umfassenden Aufgaben werden aber die Schulen allein gelassen! Die bisher vom LISUM angebotenen Fortbildungsangebote sind aus meiner Sicht nicht ausreichend und müssen erweitert werden. Weiterhin sollte es ausreichend BeraterInnenstellen in den Bezirken geben, so wie sie es früher für die Kindertagesstätten auch üblich war.

Raum- und Materialmangel

Erschwert wird das Projekt Ganztagschule neben der unzureichenden personellen Ausstattung und dem Chaos im Umsetzungsprozess durch unzureichende räumliche und sachliche Ausstattung. Es gibt Schulen, die im letzten Schuljahr ge-

startet sind und noch immer auf dringend benötigte Materialien warten. Notwendige Umbaumaßnahmen sind noch nicht abgeschlossen und es wird noch viel improvisiert.

Ich möchte einen einfachen Vorschlag machen, damit das erforderliche Material (Spiel- und Beschäftigungsmaterial) für die Hortbetreuung auch rechtzeitig vorhanden ist. In den Horten der Kindertagesstätten gibt es zum Beispiel Spielmaterialien, die mit dem Auszug der Hortkinder nicht mehr benötigt werden. Die Spielmaterialien könnten ganz einfach an die Schulen verteilt werden. Das spart viel Geld und Zeit. Das gilt auch für das Mobiliar. Die Entscheidung darüber, welche Einrichtungen und Materialien nicht mehr benötigt werden, liegt bei den Kitas. Weiterhin sollte es für die Hortkinder an den Schulen auch Beschäftigungsgelder geben, um Spiel- und Bastelmaterialien anschaffen und ergänzen zu können.

Transparenz in der Zusammenarbeit

Es müssen Voraussetzungen geschaffen werden, die es dem sozialpädagogischen Bereich und dem Schulbereich ermöglichen, sich auf gleicher Ebene zu begegnen. Beide Berufsgruppen müssen sich in ihrer fachlichen Kompetenz gegenseitig akzeptieren. Die Zusammenarbeit muss partnerschaftlich erfolgen. Dazu gehört auch, dass beide Arbeitsbereiche transparent arbeiten, um sich besser kennen zu lernen. Das Kennenlernen führt dazu, dass Vorurteile abgebaut werden können.

ErzieherInnen müssen in allen schulischen Gremien mitarbeiten, was weitgehend im neuen Schulgesetz auch geregelt ist, obwohl der Begriff ErzieherIn nicht vorkommt. Was fehlt, ist die Mitarbeit in den erweiterten Schulleitungen. Die GEW BERLIN sollte fordern, dass sie auch dort vertreten sein sollten.

Wir müssen miteinander reden

Leider gibt es noch viele Baustellen beim Aufbau der Hortbetreuung an den Schulen und ich hoffe, dass die zuständigen Stellen ihre Hausaufgaben noch rechtzeitig erledigen, damit mit dem Schuljahr 2005/06 nicht das totale Chaos losbricht. Man baut schließlich ein neues Haus auch von unten auf und fängt nicht mit dem Dach an, da sonst der Zusammensturz programmiert ist und man wieder neu anfangen muss.

Wir Beschäftigten müssen uns auf allen Ebenen zu Wort melden und uns austauschen, damit die uns anvertrauten Kinder in den Schulen nicht auf der Strecke bleiben. Gleiches gilt für uns als Beschäftigte. ■



*ErzieherInnen, die an Schulen arbeiten, sind herzlich eingeladen, in der **AG Schulsozialarbeit** mitzuarbeiten. Die AG trifft sich im August und September an folgenden Terminen in der Geschäftsstelle: 18.8. und 15.9., jeweils um 18 Uhr.*



Tagesbetreuungskostenbeteiligungsgesetz: Hier werden alle bekleckert!

FOTO: VEIT METTE

Ungeeignetes Reformwerk

Das Kitaförderungsgesetz findet nur einer gut – der Senat.

von Bärbel Jung

Zum 1. August 2009 soll das neue Kitareformgesetz in Kraft treten. Es beinhaltet u.a. eine vollständige Neufassung des bisherigen Kitagesetzes und heißt jetzt Kitaförderungsgesetz (KitaFöG), dies geht einher mit der Novellierung des Kitakostenbeteiligungsgesetzes, das jetzt Tagesbetreuungskostenbeteiligungsgesetz (TKBG) heißt, sowie eine Änderung des Schulgesetzes, vor allem hinsichtlich der Ganztagsangebote an Grundschulen. Dieser Gesetzentwurf wird von der GEW BERLIN, den freien Trägern, den Eltern sowie Oppositionsparteien heftig kritisiert. Deshalb werden dringend Änderungen an dem umfangreichen Gesetz gefordert.

Der Gesetzentwurf ist aus Sicht der GEW BERLIN nicht das geeignete Reformwerk, um die Kindertagesstätten als Bildungseinrichtungen zu stärken. Es bietet nicht die Voraussetzungen dafür, um die Qualitätsanforderungen des Berliner Bildungsprogramms umsetzen zu können und um Chancengleichheiten bei Kindern durch Bildung und umfassende Förderung entgegenwirken zu können. Die GEW BERLIN begrüßt die Einführung und

Umsetzung des Berliner Bildungsprogramms, befürchtet aber, dass es zum potemkinschen Dorf gerät, wenn das neue Kitaförderungsgesetz ohne entscheidende Veränderungen verabschiedet wird. In der vorliegenden Form enthält das Gesetz sogar entscheidende Verschlechterungen gegenüber dem Status quo.

Der Betreuungsbedarf ist umstritten

Ein wesentlicher Kritikpunkt der GEW BERLIN am Kitaförderungsgesetz ist die Einschränkung des Anspruchs auf einen Kita-Platz gegenüber geltendem Recht. Es sieht vor, den Bedarf für einen Kita-Platz strenger und bürokratischer zu reglementieren als bisher. Im KitaFöG wird der Rechtsanspruch von Kindern vom vollendeten dritten Lebensjahr bis zum Schuleintritt auf eine Halbtagsförderung beschränkt. Der Betreuungsumfang soll nach dem KitaFöG im Wesentlichen in Abhängigkeit vom Betreuungsbedarf der Eltern (Berufs-



FOTO: SABINE KRÜVE

▶ tätigkeit, Ausbildung) gewährt werden. Nach Auffassung der GEW BERLIN müssen der Betreuungsbedarf und der Betreuungsumfang am Kind orientiert sein und nicht an der Berufstätigkeit der Eltern. Die GEW BERLIN erinnert in diesem Zusammenhang ausdrücklich an den Beschluss des Landesparteitages der SPD vom 9. April 2005: „Die Bedarfsprüfung für einen Platz in der Kita wird abgeschafft.“ Aufgrund der massiven Kritik an den geplanten Einschränkungen des Kita- und Hortbesuches – vor allem zu Lasten von Kindern arbeitsloser Eltern – gibt es Bewegung in SPD und PDS, noch Korrekturen am Gesetz vorzunehmen.

Die Tagespflege erfährt im KitaFöG eine deutliche Aufwertung. Sie wird als „besonders geeignetes Angebot“ für Kinder bis zum vollendeten dritten Lebensjahr bezeichnet. Aus Sicht der GEW BERLIN ist aber ein Verzicht auf den Besuch von Kindertagesstätten mit ausgebildetem Fachpersonal nicht nachvollziehbar, zumal die meisten Bezirke in Berlin über ausreichende Krippenplätze verfügen.

Zu wenig Personal

Die im Gesetz vorgesehene Personalausstattung bietet nach unserer Auffassung keine realistische Grundlage für die Umsetzung des Berliner Bildungsprogramms. Dafür muss zusätzliches Fachpersonal zur Verfügung gestellt werden. Die ErzieherInnen brauchen zusätzliche Vor- und Nachbereitungszeiten, z. B. für Dokumentation, Beobachtung und erweiterte Elternarbeit. Im Gesetz heißt es dagegen, dass in den Vorgaben zur Personalausstattung alle Ausfallzeiten – insbesondere Urlaub, Fortbildung, Krankheit, Pausen sowie Zeiten der Vor- und Nachbereitung – abschließend berücksichtigt sind. Die GEW fordert außerdem, die Freistellungsregelungen für LeiterInnen, die bis zum 31.12.2003 galten, wieder in Kraft zu setzen. Das Gesetz sieht vor, dass eine Qualitätsvereinbarung zwischen den freien Trägern unter Einbeziehung der Eigenbetriebe und dem Senat abgeschlossen wird. Die GEW BERLIN fordert, dass in dieser Qualitätsvereinbarung eine verbesserte Personalausstattung berücksichtigt werden muss.

Eigenbetriebe und Elternbeiträge

Ferner sieht das Gesetz vor, dass die öffentlichen Kindertagesstätten in Eigenbetrieben organisiert werden sollen. Es sind bis zu sechs Eigenbetriebe im Land Berlin möglich. Wenigstens zwei Bezirke müssen sich zu einem Eigenbetrieb zusammenschließen. Es wird im Gesetz festgeschrieben, dass die Eigenbetriebe bis zum 1. Januar 2006 „ans Netz“ gehen sollen.

Die Elternbeiträge sind ein Steuerungselement, mit dem der Kita- und Hortbesuch von Kindern gefördert bzw. gedrosselt werden kann. Der Gesetzentwurf sieht zwar keine Erhöhung der Elternbeiträge vor, allerdings wird auch nicht die Chance genutzt, den Kitabesuch durch Beitragsreduzierung zu fördern. Die GEW BERLIN tritt für einen

Null-Tarif für Kita-Kinder ein und unterstützt nachdrücklich den Beschluss des SPD-Parteitag vom 9. April 2005: „Die Kitakosten-Freiheit wird schrittweise eingeführt, beginnend für Kinder, die das letzte Jahr eine Kita besuchen.“

Standards bleiben auf der Strecke

Mit dem KitaFöG wird die Rechtsgrundlage für die Verlagerung der Kitahorte an die Schulen geschaffen. Allerdings werden die Standards der Jugendhilfe nicht auf die Schulen übertragen – das gilt in sächlicher, räumlicher und personeller Hinsicht. Auch für die Hortangebote an Schulen gilt, dass die Ansprüche von Kindern auf einen Platz eingeschränkt werden. Die Angebote des Offenen Ganztagsbetriebs (OGB) gelten nur für Kinder der ersten bis vierten Klasse, deren Eltern berufstätig oder in Ausbildung sind. Kinder der fünften und sechsten Jahrgangsstufe können nur einen Platz erhalten, wenn ein besonderer Bedarf vorliegt. Der besondere Bedarf wird durch eine Rechtsverordnung definiert, die noch nicht vorliegt. Ebenfalls in einer Rechtsverordnung soll die Personalausstattung mit ErzieherInnen geregelt werden. Langsam sicken allerdings durch, welche Personalbemessung für die offenen Ganztagsbetriebe in öffentlicher Trägerschaft und die gebundenen Ganztagsgrundschulen geplant ist.

Diese Personalausstattung wird deutlich schlechter sein als in den Kindertagesstätten. Aber auch die Schulen (im OGB in den östlichen Bezirken, in den Ganztagsgrundschulen und Europaschulen), die bisher über Ganztagsangebote mit ErzieherInnen verfügten, werden von der Verschlechterung betroffen. Beabsichtigt ist eine Verschlechterung im Leitungsanteil, in den Zuschlägen für Kinder mit Behinderungen und in den Zuschlägen für Kinder nichtdeutscher Herkunftssprache sowie aus sozial belastenden Gebieten. Ferner gibt es Hinweise darauf, dass gebundene Ganztagsgrundschulen keine zusätzlichen ErzieherInnen für den Vormittag bekommen sollen. Völlig unverständlich ist auch, dass das Schulgesetz vorsieht, dass an den Grundschulen in offener Form ein Mittagessen für die sogenannten ergänzenden Angebote vorgesehen ist, während es an den Grundschulen in gebundener Form nur die Möglichkeit geben soll, dass die Kinder ein Mittagessen erhalten.

Weder das KitaFöG noch die Änderungen im Schulgesetz entsprechen den bildungspolitischen Erfordernissen der Kindertagesstätten und der Ganztagsgrundschulen in offener oder gebundener Form. Der Besuch von Kindern sowohl in der Kindertagesstätte als auch im Hort wird durch das vorliegende Gesetz eingeschränkt, die Personalausstattung weiter verschlechtert. Es bleibt zu befürchten, dass die Qualitätsanforderungen nur schwer zu erfüllen sind und für die ErzieherInnen eine kaum zu bewältigende Aufgabe darstellen. Die SPD hat auf ihrem Bildungsparteitag am 9. April 2005 einen bildungspolitischen Beschluss gefasst, der viele Aspekte enthält, die von der GEW unterstützt werden. In diesem Gesetz spiegeln sich diese Beschlüsse allerdings nicht wider. ■



Kindergärten City

Auf dem Weg zum Eigenbetrieb: Bericht aus den Pilotbezirken Friedrichshain-Kreuzberg und Mitte.

von Christiane Weißhoff, Erzieherin und Personalrätin im Bezirksamt Mitte

Die Bezirke Mitte und Friedrichshain-Kreuzberg werden gemeinsam den Eigenbetrieb „Kindergärten City“ gründen. Sie sind die Pilotbezirke für den Prozess der Eigenbetriebsgründung in Berlin. Nach der Beratung und Beschlussfassung im Jugendhilfeausschuss im Mai wurde die Satzung des zukünftigen Eigenbetriebes in den jeweiligen Bezirksverordnetenversammlungen beschlossen. Die Bezirksämter wurden aufgefordert, sich auf Landesebene dafür einzusetzen, dass die paritätische Besetzung (Vertreter des Trägers und der Dienstkräfte) im Verwaltungsrat gemäß Eigenbetriebe-Gesetz erhalten bleibt. Im Abgeordnetenhaus wird diese Satzung wahrscheinlich im August 2005 beraten. Nach dessen Zustimmung können dann die Gremien gegründet und die Stellenausschreibung für die Geschäftsführung vorbereitet werden. Schon Ende Juni soll ein vorläufiger Wirtschaftsplan für den Eigenbetrieb aufgestellt werden, zum Jahresbeginn soll dann der Eigenbetrieb „Kindergärten City“ starten.

Bisher wurde mit Hilfe von Kriterien (Umfang des Betreuungsangebots, Wirtschaftlichkeit des Angebots) eine Entscheidung über den zuständigen Bezirk getroffen. Der Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg wird auf Grund der zur Hilfe genommenen Kriterien die Zuständigkeit übernehmen. Damit wird der Vorsitz des Verwaltungsrates an das Bezirksamt Mitte gehen. Mit dieser Aufteilung soll gewährleistet werden, dass beide Bezirksämter Einfluss auf Entscheidungen des Eigenbetriebes erhalten.

Wie viel pädagogisches Personal letztendlich im Eigenbetrieb benötigt wird, kann erst zum 1. Oktober 2005 ermittelt werden. Für den Eigenbetrieb „Kindergärten City“ könnten bei einer Anzahl von 7.000 Kita-Plätzen an Hand der Kostenblattfinanzierung (bisheriges Finanzierungsmodell für die freien Träger) rund 20 Hausmeisterstellen, 70 Stellen im Köchinnen- und Küchenarbeiterinnenbereich finanziert werden. Für die Verwaltung des Eigenbetriebes stünden 4 Stellen zur Verfügung.

Die Entscheidung über die tatsächliche Stellenausstattung im Wirtschafts- und Verwaltungsbereich wird dann die Geschäftsführung in Abhängigkeit vom Wirtschaftsplan treffen. Dies umfasst auch die Entscheidung, welche Leistungen von eigenem Personal, welche von Fremdfirmen erbracht werden. Die Gründung des Eigenbetriebes wird auch Auswirkungen auf andere Verwaltungsbereiche der Bezirksämter haben: den Personalservice, den Gebäudeservice, das Gartenbauamt.

Es werden Stellen abgebaut sowie Aufgaben und Strukturen verändert.

Was passiert bei Personalüberhang?

Im Zuge der Veränderungen bei den Kitas wird es mehr KollegInnen als Stellen geben. Ungewiss ist das Verfahren zur Auswahl von Personalüberhängen. Gibt es eine Sozialauswahl? Wird sie in der einzelnen Kita oder im Bezirk gemacht? Nur eins ist klar: Für den Personalüberhang wird das Stellenpool-Gesetz greifen, damit werden diese Regelungen auch auf das Personal des Eigenbetriebes angewandt. „Überzählige“ KollegInnen kommen also in den Stellenpool und sollen von diesem vermittelt werden. Zurzeit gibt es für das pädagogische Personal keine Möglichkeit, prämiengünstig auszuschneiden. Die „Kann“-Regelungen zur Altersteilzeit werden nicht angewandt.

Die betroffenen KollegInnen in den Kitas erhalten leider nicht alle Informationen, um diesen Prozess verfolgen oder gar mitgestalten zu können. Es ist nicht gewollt, dass wir uns aktiv in diesen Veränderungsprozess einbringen. Oft gibt es widersprüchliche Aussagen, die noch mehr verunsichern. Durch die Eigenbetriebsgründung, die Hortverlagerung, die Schließung von Kitas und den damit verbundenen Personalüberhang werden Ängste geschürt. Denn die KollegInnen fragen sich, wo sie ab dem 1. Januar 2006 arbeiten werden und ob ihr Eigenbetrieb neben den anderen Trägern bestehen kann.

Neue Personalvertretungen, neue KandidatInnen

Die Personalräte der Bezirksämter Friedrichshain-Kreuzberg und Mitte arbeiten eng zusammen. Wir tauschen Informationen aus und entwickeln gemeinsam Handlungsschritte, wir führen Teilpersonalversammlungen durch und stehen für Gespräche und Informationen auch für Kita-Teams zur Verfügung. Eine wichtige Aufgabe ist, ein transparentes Verfahren zur Personalauswahl bei Personalüberhang durchzusetzen.

In Eigenbetrieben müssen dann Interessenvertretungen gewählt werden. Auch die GEW BERLIN stellt KandidatInnen für diese Wahlen auf. Hierfür suchen wir noch KollegInnen, die bereit sind, Verantwortung zu übernehmen und in diesen Gremien mitarbeiten wollen. ■



FOTO: KAT HERSCHELMANN

So nicht, Herr Böger!

Senatsverwaltung gefährdet das Konzept der Ganztagsgrundschulen.

von Klaus Schroeder, Leiter Referat Jugendhilfe und Sozialarbeit



FOTO: KAY HERSCHELMANN

Wir erinnern uns: Das Abgeordnetenhaus sollte in der letzten Sitzung des Parlaments vor der Sommerpause mit dem „Kindertagesbetreuungsreformgesetz“ beschließen, dass das Hortangebot der Jugendhilfe ab dem 1. August 2005 durch die Grundschulen gewährleistet wird. Im Zuge der öffentlichen Auseinandersetzungen über den Gesetzesentwurf ist in den gebundenen Ganztagsgrundschulen Anfang Mai bekannt geworden, welche Personalausstattung mit ErzieherInnen die Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Sport beabsichtigt. Natürlich hat die Senatsverwaltung die ExpertInnen aus den Ganztagsgrundschulen vorab nicht befragt, welche Personalausstattung mit ErzieherInnen denn unverzichtbar ist.

Forderungen der Interessenvertretung

Die gebundenen Ganztagsgrundschulen haben ihre Arbeit bisher so gestaltet, dass am ganzen Tag eine enge Kooperation von ErzieherInnen und Lehrkräften möglich war; die Verzahnung von Sozial- und Schulpädagogik war gewollt und aufgrund der bisherigen Personalausstattung auch möglich. Mit dem Bekanntwerden der neuen Personalausstattung wurde den SchulleiterInnen und LeiterInnen der sozialpädagogischen Bereiche der Ganztagsgrundschulen sehr schnell deutlich, dass die bisherigen pädagogischen Konzepte nicht umsetzbar sind, weil schlicht zu wenig ErzieherInnen in der Schule sein werden. Es formierte sich der Widerstand mit Unterstützung vieler anderer in der „Interessenvertretung der gebundenen Ganztagsgrundschulen“.

Die Schulleitungen und Ganztagsleitungen von 30 gebundenen Ganztagsgrundschulen aus Berlin sind alarmiert, da vier Wochen vor den Sommerferien bekannt wird, wie die tatsächliche ErzieherInnenausstattung in den Schulen ab dem 1. August 2005 aussehen soll. Die Schulen hatten sich darauf eingestellt, dass Klaus Böger seine Zusage einhält, dass es im Zuge der Hortverlagerungen an die Schulen zu keinen Personalverschlechterungen kommen wird. Tatsächlich läuft die Planung darauf hinaus, dass z.B. trotz der Verdoppelung der SchülerInnenzahl im Ganztagsbereich ErzieherInnenstellen abgegeben werden müssen.

Ebenso gravierend sind die Auswirkungen an den Staatlichen Europaschulen (SESB) und den neuen geplanten offenen Ganztagsbetrieben. Das

Konzept der Verzahnung von Schul- und Sozialpädagogik am ganzen Tag und der zweisprachigen Erziehung an den SESB wird durch die beabsichtigte Personalausstattung zerstört. Die Interessenvertretung der gebundenen Ganztagsgrundschulen fordert vom Senat die Einhaltung der Zusagen, dass mit der Hortübertragung an die Schulen die vorhandenen Standards in der Jugendhilfe übertragen werden. Das heißt

- eine Erzieher(in) den ganzen Tag für höchstens 22 Kinder;
- Zuschläge für Früh-, Spät- und Ferienbetreuung nach Anzahl der Kinder;
- Zuschläge für Kinder nichtdeutscher Herkunft ab dem 1. Kind;
- Zuschläge für Kinder aus Gebieten sozialer Benachteiligung ab dem 1. Kind;
- Zuschläge für die Integration behinderter Kinder;
- Beibehaltung der vorhandenen Leitungsfreistellung.

Die Personalzumessung muss den gebundenen Ganztagsgrundschulen und SESB die Möglichkeit geben, ihre pädagogischen Konzepte umzusetzen.

Aus dem Kreis der Schulleitungen und Ganztagsleitungen wurde bekundet, dass für den Fall, dass die Umsetzung der pädagogischen Konzepte nicht mehr möglich sein sollte, sie ihren Antrag auf Einrichtung einer Ganztagsgrundschule zurückziehen müssen.

Veranstaltung der Betroffenen

Die Interessenvertretung führte am 6. Juni 2005 eine Veranstaltung durch, bei der den VertreterInnen der Parteien des Abgeordnetenhauses die Forderungen der gebundenen Ganztagsgrundschulen präsentiert wurden. Diese Veranstaltung hat gezeigt, dass die Berechnungsgrundlage der Senatsverwaltung bei den gebundenen Ganztagsgrundschulen keine Akzeptanz findet. Deutlich wurde, dass die hochgesteckten bildungspolitischen Ziele von Senator Böger mit der angekündigten Personalausstattung nicht erreicht werden können.

Die VertreterInnen der eingeladenen Parteien (erschieden waren CDU, PDS, Bündnis 90/Grüne und FDP) zeigten sich betroffen von den Auswirkungen der vorgelegten Personalschlüssel. Auch der Vorsitzende des Landeselternausschusses, André Schindler, erklärte, dass der geplante Personalschlüssel inakzeptabel sei.

Erschreckend war aber auch, dass die Senatsverwaltung es bis heute nicht geschafft hat, ihre MitarbeiterInnen in den bezirklichen Außenstellen so zu qualifizieren, dass sie wenigstens die Vorgaben der Beuthstraße fehlerfrei umsetzen können. So stellte sich heraus, dass viele Schulen unvollständige und auf der Basis von unkorrekten Interpretationen erstellte Berechnungen der ErzieherInnenstellen erhalten hatten.

Die Interessenvertretung gebundener Ganztagsgrundschulen fordert jetzt von der Senatsverwaltung das Aussetzen der Berechnung der ErzieherInnenstellen anhand der neuen Berechnungstabelle mit vielen unterschiedlichen „Betreuungsmodulen“. Stattdessen soll für das Schuljahr 2005/2006 noch der Personalschlüssel gelten, der im Schuljahr 2004/2005 die Grundlage für die Personalausstattung an gebundenen Ganztagsgrundschulen bildete. Die Senatsverwaltung muss bereit sein, mit allen Beteiligten ohne Zeitdruck

eine Personalberechnung für ErzieherInnen auf den Weg zu bringen, die es möglich macht, die inhaltlichen Konzepte der Ganztagschulen auch umzusetzen.

Auch in dieser Veranstaltung wurde von mehreren Schulen bekräftigt, dass sie nicht gewillt sind, die „Mogelpackung gebundene Ganztagsgrundschule“ mit unzureichenden Mitteln am Leben zu halten. Wenn sich die Haltung des Senators nicht ändert, werden sich die Schulkonferenzen mit den daraus zu ziehenden Konsequenzen beschäftigen.

Da die Schulleitungen ihre Planungen schnell abschließen müssen, erwartet die Interessenvertretung eine schnelle Entscheidung von Senator Böger oder des Berliner Abgeordnetenhauses. Auf jeden Fall muss die Verunsicherung der ErzieherInnen beendet werden, die darin besteht, dass in einigen Bezirken die Schulleitungen aufgefordert worden sind, das umzusetzende Personal zu benennen. ■

Ein Jahr Kita-Bildungsprogramm

Mit mächtig viel Medienrummel hatte Klaus Böger das Berliner Bildungsprogramm vorgestellt. Was ist daraus geworden?

von Christiane Weißhoff, stellvertretende Kita-Leiterin im Bezirk Mitte

Es ging eigentlich gut los: Jede Kita bekam ein oder auch zwei Exemplare des Berliner Bildungsprogramms (BBP). Es wurden Fortbildungen versprochen für Leitungskräfte und Kita-Teams. In Mitte erhielten die Kita-BeraterInnen sogar eine Ausbildung als Multiplikatoren und erläuterten auf zwei Info-Veranstaltungen den Kita-Leitungen Aufbau und Systematik des BBP und boten Team-Fortbildungen an. In meiner Kita haben wir entschieden, uns zunächst selbstständig mit dem Programm auseinander zu setzen. Dafür erwarben einige KollegInnen extra ein eigenes Exemplar des BBP. Das Leitungsteam übernahm die Einführung und verabredete konkrete Arbeitsaufgaben mit den KollegInnen. Die diskutierten in kleinen Arbeitsgruppen immer einen Bildungsbereich und stellten diesen in den monatlichen Dienstbesprechungen vor. Im Juni hat dann unser Team eine zweitägige Fortbildung mit der Kita-Beraterin gemacht. Neben unserer täglichen Arbeit haben wir also in die Auseinandersetzung mit dem BBP schon viel Zeit investiert – die wir allerdings an anderer Stelle abknapsen mussten. Das geht auf Dauer nicht!

Unsere Zeitprobleme interessieren Klaus Böger nicht. Für ihn zählt nur das Vorstellen von innova-

tiven bildungspolitischen Reformen in der Öffentlichkeit, die Umsetzung kommt wohl von alleine und natürlich kostenneutral. Aber bald geht es ans Eingemachte, denn ab dem nächsten Jahr werden Qualitätsentwicklungsvereinbarungen abgeschlossen. Dann erhalten nur die Kitas ihre Finanzmittel, wenn sie das BBP und natürlich auch das von Böger hochgeschätzte Sprachlernstagebuch für jedes Kind verbindlich umsetzen. Durch die geplante interne und externe Evaluation stehen weitere Zusatzaufgaben an, die das Zeitbudget der Einrichtungen belasten: Glaubt Klaus Böger ernsthaft, dass die zusätzlichen und zeitaufwändigen Aufgaben bei gleicher Personalausstattung eine bessere Qualität in der pädagogischen Arbeit bringt? Glaubt er, dass ErzieherInnen mit weniger Zeit in der Kindergruppe bessere Bildungsarbeit machen können?

Die Kitas sind Bildungseinrichtung und haben auch zu Recht ein Bildungsprogramm. Ein Programm allein reicht aber nicht, damit die Kitas sich zu attraktiven Bildungseinrichtungen entwickeln. Es gehören auch entsprechende Rahmenbedingungen im personellen und materiellen Bereich dazu. Gute Bildung gibt es nun mal nicht umsonst. ■



Mehr Arbeit, weniger Geld

Interview mit einem Kollegen aus der Behindertenhilfe*.

von Tanja Kraemer, FG Kinder, Jugendhilfe und Sozialarbeit

Die öffentliche Hand hat immer weniger Geld zu verteilen, welche Auswirkungen hat das auf deine Einrichtung?

Die Entgelte für die Betreuungsleistungen wurden gekürzt und gleichzeitig erfolgte die Tarifierhöhung für die Beschäftigten. Die Tarifierhöhung wurde in freie Tage umgewandelt auf Vorschlag des Betriebsrats, denn die Geschäftsleitung setzte uns unter Druck, dass sie die Tarifsteigerung ohne Arbeitsplatzabbau nicht bezahlen könne. Die Verrechnung dieses zusätzlichen Urlaubs erfolgt im November und wird vom Weihnachtsgeld abgezogen, was eigentlich intelligent ist, weil die Steuer in dem Monat, in dem es Weihnachtsgeld gibt, am höchsten ist, so dass man diese freien Tage relativ preisgünstig kauft. Leider stellte sich später heraus, dass die Geschäftsleitung mit falschen Zahlen gearbeitet hat, denn es wurde sehr viel mehr eingespart, als nötig war. Die Anzahl möglicher unbezahlter Urlaubstage pro Jahr wird aber weiterhin erhöht, 2004 waren es neun Tage, jetzt sind es zwölf Tage.

Gibt es Einschnitte bei Neueinstellungen?

Hier gibt es sehr einschneidende Veränderungen, denn Neueinstellungen erfolgen immer noch mit 80 Prozent nach BAT-Ost, mit der geringsten möglichen Vergütung, mit nur 21 Tagen Urlaub im Jahr, ohne Feiertags-, Nacht-, und Wochenendzuschläge. Es scheint unmöglich zu sein, dagegen etwas zu machen. Wenn man das zusammenrechnet, dann erhält eine Kollegin im Monat nur noch 60 Prozent von dem, was sie nach dem alten Vertrag bekommen hätte.

Hat sich etwas an der Arbeitszeit verändert?

Kleinere Sachen, die verändert wurden sind z.B., dass wir jetzt eine neue Arbeitszeitregelung haben mit Arbeitszeitkonten, mit mehr Kontrolle. Wir haben früher die Dienstpläne selbst ge-

macht, das macht jetzt die Leitung. Das wird nicht funktionieren, weil die völlig überfordert sein wird. Es wird auch gerade eine neue Urlaubszeitregelung verhandelt und der Vorschlag des Arbeitgebers ist, dass wir im Vorjahr schon fast bis auf den Tag genau bis auf acht flexible Tage im Jahr den Urlaub planen sollen. Der Geschäftsführer sagt selbst, dass es ihm so leichter gemacht wird, jemanden zu kündigen, wenn der mit seiner Arbeitszeit mogelt. Es kam auch zur Äußerung, die Frauen sollten schwanger werden, die Leute sollten Survival-Urlaub machen, am besten Fallschirmspringen, weil er um jeden Mitarbeiter froh sei, der weg ist.

Wie wirkt sich das auf die tägliche Arbeit aus?

Starke Auswirkungen auf die tägliche Arbeit gibt es z.B. bei den Vertretungen. Die Vertretungsmittel wurden radikal gekürzt und deshalb wird weniger vertreten. Man gewinnt den Eindruck, jeder, der lange genug krank ist, ist für den Arbeitgeber die reine Freude. Denn wenn jemand aus der Lohnfortzahlung raus ist, kann man sparen. Dass sich dabei die Katze in den Schwanz beißt und am Ende der Krankenstand aufgrund der Vertretungssituation im Betrieb steigt, wird anscheinend billigend in Kauf genommen.

Was hat sich für die Menschen geändert, die ihr betreut?

Für die BewohnerInnen hat sich durch die Gesundheitsreform vieles verschlechtert. Sowohl durch die Rezeptgebühr als auch die Fahrkarte, die wird jetzt nicht mehr vom Amt bezahlt wird. Den BewohnerInnen stehen monatlich im Durchschnitt 60 Euro frei zur Verfügung. Wenn sie sich eine Monatskarte für 44 Euro kaufen und zum Hausarzt und zugleich zum Zahnarzt gehen müssen, haben sie durch Gebühren ein negatives Monatseinkommen.

Gibt es keinen Widerstand gegen diese verschlechterte Situation?

Zu wenig, es wird heute leider meiner Meinung nach immer mehr Repression in Kauf genommen, da generell die Wahrnehmung der eigenen Arbeitsqualität abhängig von der äußeren Situation ist, d.h. wenn sich die Welt in Arbeitsplatzinhaber und Arbeitslose aufteilt, so ist es für viele schon ein Stück Lebensqualität, überhaupt einen Job zu haben. Es wird erduldet, was man sich früher hätte nicht gefallen lassen, wogegen man sich mehr gewehrt hätte.

Die Medienstimmung gibt es auch her, dass man glaubt, „wir müssen Einschnitte machen“. Gleichzeitig geht es unserer Einrichtung aber jetzt sehr gut, weil mit dem Druck gearbeitet wird. Man spart nicht nur so, dass man leben kann, um aus den roten Zahlen zu kommen, sondern man schafft die Stimmung, um sich auch Polster zu schaffen. Zum Beispiel ist es bei uns jetzt so, dass Neueinstellungen unter den miesen Bedingungen teilweise erfolgen, da die Gemeinnützigkeit auf dem Spiel steht. Klar ist, dass man in diesen Zeiten auch Leute findet, die unter diesen Bedingungen arbeiten, dann ist es eher eine Frage der Qualität.

Eine zweite Ebene ist, dass eine empathische Arbeitsweise erwartet wird, d.h. man soll mit den Bewohnern empathisch umgehen und gleichzeitig ist Anerkennung auf der Leitungsebene nicht vorhanden. Dadurch entsteht die Stimmung: Ihr seid zu teuer, ihr habt zu viele Stunden und am liebsten würden wir euch, zumindest teilweise, loswerden. Das ist natürlich eine systematische Demotivierung. Hinzu kommt, dass vom Träger immer mit der Insolvenz gedroht wird, um Einschränkungen durchzusetzen. ■

*Der Name ist der Redaktion bekannt.

Ein Luftschloss

Ohne zusätzliche Mittel hängt das Schulgesetz in der Luft. Der Hauptpersonalrat fordert deshalb zwei Prozent zusätzliche Ausstattung der Schulen.



FOTO: KAY HERSCHELMANN

von Knut Langenbach, Hauptpersonalrat

Senator Klaus Böger rühmt sich in allen öffentlichen Äußerungen, dass das neue Schulgesetz einen großen bildungspolitischen Fortschritt darstelle. Und er hat in einer Reihe von Punkten recht:

- Es ist positiv, dass Schule und Lehrkräfte jetzt auch gesetzlich gehalten sind, es als ihre Aufgabe zu betrachten, möglichst alle SchülerInnen zum Bildungsziel zu führen! – Kleiner Haken: Die individuelle Betreuung mit notwendigen Förderangeboten und deren Durchführung für bisweilen eine ganze Reihe von SchülerInnen (man frage unsere KollegInnen in Haupt- und Gesamtschulen z.B.) schafft zusätzliche Arbeit und Belastung.

- Es ist positiv, dass die flexible Schulanfangsphase in Klasse 1 und 2 aufruft zur individuellen Förderung und Binnendifferenzierung und damit zumindest in den beiden ersten Jahren ein Stück „Schule für alle SchülerInnen“ verwirklicht. – Kleiner Haken: Die Frequenzen sind schon deswegen größer, weil die Zusatzstunden für Integration fehlen, außerdem sind die SchülerInnen jünger, so dass erhöhter Förderbedarf auftritt.

- Es ist positiv, dass ein Kollegium sich seiner Situation (Umfeld, Struktur der SchülerInnenschaft usw.) vergewissert, sich Ziele zur Realisierung des Bildungsauftrags setzt und auch gleich mit überlegt, wie man diese Ziele überprüfen (evaluieren) kann. – Kleiner Haken: Das erfordert Arbeit, Diskussionen, Fortbildung, also zusätzliche Belastung – und das nach einer Arbeitszeiterhöhung von 10 bis 20 Prozent in den letzten Jahren, nach Beseitigung fast aller helfenden KollegInnen (Medienwarte, Laboranten, Bibliothekare, Kürzung der Sekretariatsstunden ...) in den letzten Jahren.

Wer also setzt das Schulgesetz um? – Es ist der breite Rücken der Beschäftigten! Daneben gibt es aber weitere Neue-

rungen, über die sowohl bezüglich pädagogischem Sinn wie bezüglich Zumutbarkeit für die Lehrkräfte gestritten werden kann: Natürlich ist es nicht verkehrt, sich zwischendurch der Vergleichbarkeit von Leistungen zu verschern. Aber:

- Sind wirklich Vergleichsarbeiten in Klasse 4, in Klasse 9, in Klasse 10 jedes Jahr und mit jedem Jahrgang sinnvoll?

Die Belastung ist enorm. Andere Bundesländer, z.B. Rheinland-Pfalz, geben zur Korrektur der Grundschularbeiten wenigstens einen Korrekturtag. Berlin nicht.

- Ist die Einführung der „besonderen Lernleistung“ im Abitur (auch „5. Teil“ genannt, eine schriftliche Ausarbeitung mit Richtwert 20 Seiten und Colloquium dazu) wirklich positiv für die SchülerInnen? Auf jeden Fall ist sie eine gewaltige Zusatzbelastung für die betroffenen Lehrkräfte. Nicht nur durch die Korrektur einer umfangreicheren Arbeit und die Erstellung von mündlichen Prüfungsaufgaben dazu. Sondern ebenfalls durch zusätzliche inhaltliche Vorbereitung:

Denn häufig werden SchülerInnen Themen wählen, die am Rande bis außerhalb des im Unterricht behandelten Stoffes liegen – wo bliebe sonst die eigenständige Leistung.

Diese unvollständige Aufzählung macht klar: Das geht nicht mehr alles auf dem Rücken der Lehrkräfte, da schießen in Reihe die Bandscheiben aus den Halterungen! Deshalb hat der Hauptpersonalrat auf Bitten der GEW BERLIN am 31. Mai folgenden Initiativan-

trag gestellt: Jede Schule soll zwei Prozent der anerkannten Unterrichtsstunden als besonderen und zusätzlichen Entlastungstopf für diese und vergleichbare Aufgaben erhalten.

Wir wissen, dass das kein vollständiger Ausgleich ist, dass diese Maßnahme nicht die notwendige Senkung der Pflichtstunden ersetzt. Es ist aber ein auch für Senator Klaus Böger gut begründbarer und im Wege des Mitbestimmungsverfahrens auch durchsetzbarer Antrag. **Wir bitten euch: Diskutiert diese Initiative in euren Schulen, schickt uns eure Stellungnahmen dazu! Auch Bezirkslehrerausschüsse und Bezirksschulbeiräte sind aufgerufen! Denn es wird trotz der guten Gründe nicht einfach werden, den Entlastungstopf durchzusetzen.** ■

Kontakt: knut.langenbach@hpr.verwalt-berlin.de oder Tel. 90 27-21 71



Aus die Maus für junge Lehrkräfte

Die Organisationsrichtlinien ordnen Reformen zum Nulltarif an.

von Sabine Dübbers, Referat Bildungspolitik

Die guten Nachrichten zuerst: Die Organisationsrichtlinien enthalten keine gravierenden Kürzungen. Und: Die angekündigte Ausstattung für eine Senkung der Frequenzen in 1. Klassen mit mehr als 40 Prozent SchülerInnen nichtdeutscher Herkunftssprache (ndH) im gesamten Jahrgang einer Schule wird bereitgestellt, die Förderstunden werden von 2 auf 3,7 Stunden angehoben. Die Erhöhung wird durch den Wegfall der bisherigen Förderklassen erreicht, für die Frequenzsenkung sollen zusätzliche Mittel bereitstehen. Die schlechte Nachricht: Für pädagogische Reformen gibt es auch im neuen Schuljahr keinerlei zusätzliche Ressourcen.

Obwohl die Vorklassen abgeschafft sind, ist für die Schulanfangsphase (Klassen mit weniger als 40 Prozent SchülerInnen ndH), in die jetzt alle Kinder – die noch dazu ein halbes Jahr jünger sind als bisher – ohne Rückstellung auf-

genommen werden, keine verbesserte Ausstattung vorgesehen; der Zumesungsfaktor ist der gleiche wie für die jetzigen ersten Klassen. Zusätzliche Stunden für die Integration sind in den Organisationsrichtlinien nicht ausgewiesen. Die GEW BERLIN fordert, in der Schulanfangsphase die Frequenzen zu senken und ein 2-Pädagogensystem zu gewährleisten, z.B. durch zusätzlichen Einsatz der VorklassenleiterInnen. Weder für die Durchführung von Vergleichsarbeiten noch für die individuelle Förderung in der Sekundarstufe I sind Anrechnungsstunden vorgesehen.

Die Entwicklung schulinterner Curricula, Schulprogrammarbeit, interne Evaluation – alles Zusatzaufgaben, die im Sinne einer Qualitätsentwicklung sicher zu begrüßen sind, die aber ohne zeitliche Ressourcen und Arbeitsentlastung für die KollegInnen nicht funktionieren.

Auch SchulleiterInnen, die schon jetzt

vor lauter neuen Aufgaben nicht mehr wissen, wo ihnen der Kopf steht, bekommen nicht eine Stunde mehr.

Noch sind die Organisationsrichtlinien ein Entwurf, aber die Hoffnungen auf Nachbesserungen sind nicht groß. Im Gegenteil, es kann sogar noch zu Abstrichen kommen. Die Mitzeichnung des Finanzsenators steht zum gegenwärtigen Zeitpunkt noch aus. Und wie wir Thilo Sarrazin kennen, interessieren ihn pädagogische Argumente wenig. Hat der Initiativantrag des Hauptpersonalrats auf einen „Entlastungstopf“ von 2 Prozent der anerkannten Unterrichtsstunden Erfolg (siehe Artikel auf S.15), wäre dies für die KollegInnen eine gewisse Erleichterung (für eine dreizügige Grundschule gäbe es 12 bis 14 Stunden zusätzlich) und würde signalisieren, dass es Böger tatsächlich ernst meint mit der Qualitätssteigerung der Berliner Schulen. ■

Rauchzeichen

Wie die Bildungsverwaltung sich selbst Recht gibt.

von Ingeborg Uessler-Gothow, Hauptpersonalrat (HPR)

Mit Rdschr. I Nr. 80 vom 14. Juli 2004 verkündet Klaus Böger für alle Schulen ein generelles Rauchverbot – ohne Mitbestimmung des Hauptpersonalrates (HPR). Nach einigen internen Abstimmungsproblemen – gegen verordnete Rauchverbote zu sein gilt heute bei manchen als Verstoß gegen political correctness – fordert der Hauptpersonalrat (HPR) die Einhaltung des Mitbestimmungsverfahrens.

Nach vielen telefonischen und persönlichen Gesprächen mit der zuständigen Mitarbeiterin bei der Senatsbildungsverwaltung, die den Anspruch auf Mit-

bestimmung irgendwie ja schon, doch, eigentlich bejaht, vom Beteiligungsverfahren keine Ahnung hat und offensichtlich nicht wagt, ihrem Senator unter die Augen zu treten oder gar sein Ohr zu beanspruchen, trifft im Dezember 2004 – als Weihnachtsgeschenk – das Rundschreiben zur Mitbestimmung beim HPR ein. Allerdings mit dem Hinweis versehen, der Herr Senator sehe nach wie vor kein Mitbestimmungsrecht. Außerdem sind in dem Rundschreiben handschriftlich alle Verweise auf das Personal gestrichen worden, womit die Mitbestimmung tatsächlich entfällt. Da-

raufhin fordert der HPR Böger auf, das alte Rundschreiben zurückzuziehen und durch die neue Fassung zu ersetzen.

Dann passiert erst einmal gar nichts. Der HPR beschließt schließlich, Klage einzureichen. Und so kommt es denn, wie's kommen muss: beim Verwaltungsgericht wird am 9. Mai 2005 festgestellt, dass der Herr Senator (mal wieder) das Mitbestimmungsrecht verletzt hat.

Schließlich findet der Herr Senator aber folgenden Trick: Im „Gesetz zur Weiterentwicklung des bedarfsgerechten Angebotes und der Qualität von Tagesbetreuung“ schmuggelt er unter 40 Seiten zur Kindertagespflege, Ganztagschule und Hortübertragung auf Seite 22 das folgenschwere Sätzchen: „Im Schulgebäude und auf dem Schulgelände darf nicht geraucht werden.“ Damit ist die Mitbestimmung ausgehebelt! Und wenn es auch statt einer Schulanfangsphase ein Schulanfangschaos geben wird, wenn auch der Putz von der Decke fällt und der liegen gebliebene Dreck als Feinstaub leise in die Lungen rieselt – geraucht wird nur noch vor Wut! ■

Gewerkschaftliche Bildung - Seminare im 2. Halbjahr 2005



Seminare für verschiedene Mitgliedergruppen

August

KollegInnen beraten und führen [052-S-51]

In diesem Seminar geht es um: Führungsstil (situativ und erfolgreich führen); Kommunikationsfähigkeit (mit schwierigen KollegInnen klarkommen, KollegInnen fördern und erfolgreicher machen); Konfliktmanagement (Spannungen unter Kollegiumsmitgliedern erkennen und produktiv bewältigen); Teammotivation (SchulleiterInnen als Teamplayer).

Für: Mitglieder von Schulleitungsteams

Leitung: Gisela Lauritzen

Zeit/Ort: 22.-23.08., Schöneiche

Kosten: EUR 100.-, für Nichtmitglieder 400.-

Bedeutung und Umsetzung des Antidiskriminierungsgesetzes in der Schule [052-S-53]

In diesem Seminar sollen der aktuelle Entwurf des Antidiskriminierungsgesetzes und seine rechtlichen Hintergründe diskutiert werden, um eine gewerkschaftliche Position zu entwickeln. Wir werden wir uns mit seiner Bedeutung für die Situation von Lesben und Schwulen beschäftigen. Außerdem sollen die bereits beschlossenen Antidiskriminierungsgesetze anderer Länder miteinander und mit den Vorgaben auf EU-Ebene verglichen werden. Eventuell wird einE ParteisprecherIn dazu gehört werden.

Für: Mitglieder der AG Lesbische Lehrerinnen, interessierte Frauen

Leitung: Jutta Cassau, Edith Dany, Angelika Schwartz (alle GEW)

Zeit/Ort: 27.-28.08., Erkner

Kosten: EUR 30.-, für Nichtmitglieder 140.-

September

Schulentwicklung vor Ort [052-S-55]

Schulentwicklung findet in Zeiten knapper öffentlicher Kassen in einem immer schwierigeren Umfeld statt. Das OSZ DruM nimmt an den Modellvorhaben Eigenverantwortliche Schule, Personalkostenbudgetierung und Pädagogische Schulentwicklung teil. In diesem Seminar wollen wir anderen KollegInnen die Möglichkeit geben, uns dabei über die Schulter zu schauen, Ideen auszutauschen und mitzunehmen sowie ge-

werkschaftliche Standards für Schulqualität zu entwickeln.

Für: KollegInnen an Schulen

Leitung: Herbert Hannebaum (Vertrauensmann), Pit Rulff (Schulleiter), Andrea Schlömer (PR), alle GEW

Zeit/Ort: 06.09., 15.30-19.00 Uhr, OSZ Druck und Medien

Kosten: keine, für Nichtmitglieder EUR 25.-

Islam und Islamismus im Schulkontext [052-S-56]

Immer wieder werden wir im schulischen Alltag mit dem muslimischen Hintergrund von SchülerInnen konfrontiert. Es stellt sich immer häufiger die Frage: Wo sind die berechtigten religiösen Bedürfnisse und wo beginnt die Agitation islamistischer Organisationen? Wir wollen Informationen über den Islam als Religion und den Islamismus als politische Bewegung vermitteln.

Für: LehrerInnen und SozialpädagogInnen

Leitung: Sanem Kleff (SOR-SMC, GEW)

Zeit/Ort: 06.09., 17.00-19.00 Uhr, GEW

Kosten: keine

Schulbezogene Einstellungen [052-S-57]

SchulleiterInnen aller Berliner Schulen werden in den nächsten Jahren in die Situation kommen, schulbezogene Einstellungen vornehmen zu müssen. Wir wollen das Verfahren in sämtlichen Schritten von der Ausschreibung über die Bewerbungsgespräche bis zur Auswahlentscheidung transparent machen und auf der Grundlage von Fallbeispielen üben. Dabei greifen wir unter anderem auf Erfahrungen aus dem Bereich der berufsbildenden Schulen zurück.

Für: SchulleiterInnen und deren StellvertreterInnen, auch Nichtmitglieder

Leitung: Peter Sinram, Rosi Seggelke (beide GEW)

Zeit/Ort: 09.09., 9.00-16.00 Uhr, GEW; Wiederholung am 21.10. [052-S-74]

Kosten: keine, für Nichtmitglieder EUR 30.-

Bezirksleitungsseminar [052-S-58]

Ausgehend von den Ergebnissen des letzten Bezirksleitungsseminars im März 2005 wird sich dieses Seminar mit folgenden Themen beschäftigen:

- Schwerpunkte der GEW- und der BL-Arbeit in der nächsten Zeit
- Strukturveränderungen in der GEW

Für: Mitglieder der Bezirksleitungen

Leitung: Christiane Freund (GEW)

Zeit/Ort: 12.-13.09., Schöneiche

Kosten: EUR 25.- für den Bezirk

Arbeitsplatz Grundschule [052-S-59]

Viele ErzieherInnen sind zum Schuljahresbeginn aus den Kitas in die Schulen gewechselt. Das bringt für sie erhebliche Veränderungen mit sich, die wir im Seminar behandeln wollen: Welche Bedeutung hat das Schulgesetz für die Arbeit der ErzieherInnen? Welche weiteren rechtlichen Grundlagen gibt es für ihre Arbeit? Welche Aufgaben haben ErzieherInnen in der Grundschule?

Für: ErzieherInnen an Grundschulen

Leitung: Bärbel Jung (GEW)

Zeit/Ort: 13.09., 9.00-17.00 Uhr, GEW

Kosten: keine, für Nichtmitglieder EUR 15.-

Diskriminierung aufgrund des Geschlechts [052-S-60]

Schülerinnen sind immer wieder Diskriminierungen durch männliche Schüler ausgesetzt. Aufgrund welcher sozialen Situation und Vorstellungen geschieht das? Ein Blick auf die Schulabschlüsse zeigt, dass insbesondere Jungen mit Migrationshintergrund das schulische Schluslicht bilden. Was fördert ihr Machoverhalten? Wie ist ihre Einstellung z.B. zu „Ehrenmorden“? Wer sind ihre Vorbilder? Was kann ich als Lehrerin in der Klasse tun? Diese Fragen wollen wir an Hand von konkreten Beispielen aus dem Schulalltag aufgreifen und mögliche Antworten entwickeln.

Für: LehrerInnen und SozialpädagogInnen

Leitung: Sanem Kleff (SOR-SMC), N.N.

Zeit/Ort: 14.09., 17.00-20.00 Uhr, GEW

Kosten: keine

Gute Erfahrungen Weitergeben - Das Vertrauensleuteseminar der GEW [052-S-61]

Wir wollen uns hauptsächlich mit folgenden Themen beschäftigen: Neue Aufgaben für Vertrauensleute, Konferenzstrategien, Schulreformgesetz, Personalkostenbudgetierung, Verwaltungsreform und Schule als Dienststelle, gewerkschafts- und bildungspolitische Anforderungen an die GEW BERLIN.

Für: Vertrauensleute an Schulen

Leitung: Rosi Pomian, Peter Sinram (beide GEW)

Zeit/Ort: 15.-17.09., Schmöckwitz

Kosten: keine

Das neue Kitaförderungsgesetz [052-S-62]

Das neue Kitaförderungsgesetz, das das alte Kita-Gesetz ablöst, soll zum 1. August in Kraft treten. Es enthält zahlreiche neue Regelungen.

gen, die die Bedarfsfeststellung, die Finanzierung der Einrichtungen, die inhaltliche Arbeit der Kitas (Bildungsprogramm) und die Einführung einer Kita-Card betreffen. Im Seminar wollen wir die neuen Regelungen diskutieren. Das Seminar wendet sich an ErzieherInnen und LeiterInnen aus öffentlichen Kitas und Kitas freier Träger. (Wiederholungen am 19.10. und 15.11.)

Leitung: Bärbel Jung (GEW)

Zeit/Ort: 19.09., 9.00-17.00 Uhr, GEW

Kosten: keine, für Nichtmitglieder EUR 15.-

Wie schreibe ich einen Artikel? – Journalistisch schreiben lernen [052-S-63]

Schreiben kann jedeR! Aber was muss ich beachten, damit der Text auch gut lesbar und verständlich ist? In einem eintägigen Seminar wollen wir mit professioneller Hilfe erste Grundlagen für journalistisches Schreiben vermitteln. Hintergedanke ist natürlich, dass wir damit auch mehr und bessere Artikel für die blz bekommen. Eine lebendige blz gibt es nur, wenn möglichst viele Mitglieder sich zu Wort melden. Dazu wollen wir ermuntern, dazu wollen wir einige Hilfen bieten. Vom einfachen Mitglied über den gestandenen Personalrat bis hin zum hohen Funktionär: Gut schreiben zu können, ist für alle ein Gewinn!

Für: GEW-Mitglieder, die für die blz schreiben wollen

Leitung: Sigrid Baumgardt (GEW), N.N.

Zeit/Ort: 20.09., 9.00-17.00 Uhr, GEW

Kosten: keine

„Es muss nicht immer Bertelsmann sein“ – Evaluation von Schulen [052-S-64]

Im Mittelpunkt jeder Schulentwicklung muss Unterricht stehen, denn es geht um die Verbesserung der Qualität des Lehr- und Lernprozesses. Verbesserungen festzustellen ist sehr komplex und schwierig. Zur Zeit versucht der Bertelsmann-Konzern mit Lockangeboten in den sich entwickelnden Evaluationsmarkt in Berlin einzusteigen. Während Bertelsmann eher auf Stichproben und Schul-Ranking setzt, hat das OSZ Druck- und Medientechnik eine Alternative entwickelt, die qualitativ mindestens gleichwertig und auch preiswerter ist. Basierend auf der Bayerischen Ditton-Studie 2000 und der Brandenburger Studie 2003 haben wir eine Methode entwickelt, die allen Lehrkräften und allen SchülerInnen eine Rückmeldung gibt. Wir wollen mit diesem Seminar auch für den Aufbau „Bertelsmann-freier“ Schulnetzwerke werben.

Für: KollegInnen an Schulen

Leitung: Pit Rulff, Joachim Grützmann

Zeit/Ort: 20.09., 15.30-19.00 Uhr, OSZ Druck und Medien

Kosten: keine, für Nichtmitglieder EUR 25.-

Aktuelle Entwicklungen im Kita- und Hortbereich [052-S-66]

Wir wollen uns in diesem Seminar mit den anstehenden Veränderungsprozessen in Kita und

Schule beschäftigen. An Hand von aktuellen Entwicklungen bearbeiten wir schwerpunktmäßig wichtige Themen und entwickeln notwendige Handlungsschritte für unsere Arbeit in der GEW Berlin. In diesem Seminar gibt es die Möglichkeit, bereichsspezifisch zu arbeiten.

Für: Mitglieder der Fachgruppen Kita und Schulsozialarbeit

Leitung: Bärbel Jung, Detlef Marschner, Christiane Weißhoff (alle GEW)

Zeit/Ort: 23.-25.09., Erkner

Kosten: keine

JÜL: Unterricht in heterogenen Lerngruppen der Klassen 1-3 [052-S-67]

Seminar in Kooperation mit dem Pädagogischen Informationszentrum (PIZ)

Das Seminar richtet sich an Lehrerinnen und Lehrer, die bereits Wochenplanarbeit in ihren Klassen durchführen, in jahrgangsgemischten Gruppen unterrichten oder daran Interesse haben. Es besteht aus einem Seminartag und einer Hospitation (nach Absprache). Schwerpunkte: Wochenplanarbeit, Präsentation von Unterrichtsprojekten in jahrgangsgemischten Lerngruppen, Beschaffung und Erstellung von geeignetem Material für heterogene Lerngruppen.

Für: LehrerInnen mit Vorkenntnissen in der Wochenplanarbeit

Leitung: Britta Leimbrock, Heike Schreyer, Heidrun Winkler

Zeit/Ort: 24.09., 10.00-16.00 Uhr, PIZ (Berlin-Mitte/Wedding)

Kosten: keine

Aufgaben von ErzieherInnen in der Ganztagschule [052-S-69]

Die Arbeit von ErzieherInnen sowohl in der gebundenen Ganztagsgrundschule als auch im offenen Ganztagsbetrieb unterscheidet sich von der im Kita-Hort. Eine wichtige Rolle spielen dabei die Zusammenarbeit mit den LehrerInnen, die Vernetzung von Unterricht und sozialpädagogischer Arbeit und die Gestaltung ganztägiger Angebote für die Kinder. Im Seminar wollen wir uns mit den Chancen und Möglichkeiten, aber auch den Schwierigkeiten bei der Gestaltung der neuen Angebote auseinander setzen. Auch dem Austausch unter den KollegInnen wird Raum gegeben.

Für: ErzieherInnen an Grundschulen

Leitung: Bärbel Jung (GEW)

Zeit/Ort: 27.09., 9.00-17.00 Uhr, GEW

Kosten: keine, für Nichtmitglieder EUR 15.-

Diskriminierung als Thema schulischer Arbeit [052-S-70]

Diskriminierungen jeder Art dürfen keinen Platz in der Schule haben. Dies gibt der § 1 des Schulgesetzes vor. Wie sensibilisiere ich meine Klasse für dieses Thema? Wie fördere ich die Kompetenz der SchülerInnen, aktiv gegen Diskriminierung vorzugehen? Wer unterstützt mich bei meinen Vorhaben? Das Projekt „Schule OHNE Rassismus – Schule MIT Courage“ macht Vorschläge, benennt außerschulische Partner und fördert den Austausch unter den aktiven Schulen.

Für: LehrerInnen und SozialpädagogInnen

Leitung: Sanem Kleff (SOR-SMC)

Zeit/Ort: 27.09., 17.00-19.00 Uhr, GEW

Kosten: keine

Oktober

SeniorInnenseminar [052-S-72]

Der SeniorInnenausschuss der GEW BERLIN fährt in diesem Jahr nach Frankfurt/Oder. Dort sind unter anderem geplant: Treffen mit GEW-SeniorInnen aus der Stadt, mit Mitgliedern der Deutsch-Polnischen Seniorenakademie aus Slubice, ein Besuch der polnischen Universität Collegium Polonicum und die Teilnahme an einer Vortragsreihe der Seniorenakademie. Außerdem wird es aktuelle Informationen zu politischen Entwicklungen auf Bundes-, Landes- und Bezirksebene geben.

Für: SeniorInnen in der GEW

Leitung: Sigrid Gärtner (GEW)

Zeit/Ort: 10.-12.10., Frankfurt/Oder

Kosten: keine

Das neue Kitaförderungsgesetz [052-S-73]

Wiederholung des Seminars vom 19.09., [052-S-62]

Zeit/Ort: 19.10., 9.00-17.00 Uhr, GEW

Schulbezogene Einstellungen [052-S-74]

Wiederholung des Seminars vom 09.09., [052-S-57]

Zeit/Ort: 21.10., 9.00-16.00 Uhr, GEW

Diskriminierung aufgrund sexueller Orientierung [052-S-76]

Was ist eigentlich sexuelle Orientierung und warum ist Diskriminierung aufgrund sexueller Orientierung auch heute noch ein wichtiges Thema? Obwohl der Lehrplan das Fach „Sexualerziehung“ beinhaltet, wird oft das Thema Homosexualität ausgegrenzt. Aufklärungsarbeit ist auch heute noch notwendig, um einen differenzierten Begriff von Sexualität zu vermitteln, was nicht zuletzt auch der Gewaltprävention dient. Im Seminar sollen didaktische Vorgehensweisen zur Erarbeitung dieses Inhalts im Unterricht vermittelt werden.

Für: LehrerInnen und SozialpädagogInnen

Leitung: Sanem Kleff (SOR-SMC), Bastian Finke (Mann-O-Meter e.V.)

Zeit/Ort: 26.10., 17.00-19.00 Uhr, GEW

Kosten: keine

Arbeit von Gesundheitszirkeln [052-PS-77]

Die gesundheitlichen Belastungen für die Beschäftigten in Unterricht und Erziehung sind in den letzten Jahren gestiegen. Angesichts der Alterspyramide, der Verschlechterung des Gesundheitszustandes der KollegInnen und der steigenden Zahl von Frühpensionierungen wollen wir neben Methoden der präventiven Problemlösung insbesondere die Arbeit von

Gesundheitszirkeln vorstellen. Wir wollen überprüfen, welche Handlungsspielräume nicht nur für die Personalvertretungen, sondern für alle Beschäftigten an den Schulen bestehen.

Für: LehrerInnen und SozialpädagogInnen sowie PR, FV, SBV

Leitung: Manfred Triebe (GEW), N.N. (GeKo – Gesundheitskompetenz)

Zeit/Ort: 27.-28.10., GEW

Kosten: EUR 200.- für den Arbeitgeber; Mitglieder, die nicht PR/FV/SBV sind, zahlen einen Eigenbeitrag von 50.-

Rhetorik I [052-S-78]

In diesem Seminar geht es um die Grundlagen und das Instrumentarium der Redekunst. Eine wichtige Rolle spielt die Fünf-Satz-Methode als Mittel, um sich schnell und verständlich mitzuteilen. Es geht um Selbst- und Fremdwahrnehmung, um das Halten von Reden vor Publikum, und es gibt natürlich auch wieder eine Menge praktischer Übungen zu Sprechweise und Körpersprache.

Für: alle Mitgliedergruppen, auch Nichtmitglieder

Leitung: Dr. Beate Huppertz

Zeit/Ort: 27.-29.10., Zechlinerhütte

Kosten: EUR 75.- für Mitglieder, für Nichtmitglieder 400.-

November

Übertragung auf freie Träger und Gestaltung von Arbeitsbedingungen [052-S-80]

In diesem Seminar wollen wir behandeln, worauf ErzieherInnen beim Betriebsübergang aus öffentlichen Kitas in Kitas freier Träger zu achten haben. Wir wollen untersuchen, welche Rechte ihnen dabei zustehen, Arbeitsverträge und Arbeitsbedingungen analysieren (was kann nach dem ersten Jahr passieren, wie können Arbeitsbedingungen gesichert werden, Rolle und Aufgaben von Betriebsräten).

Für: ErzieherInnen und LeiterInnen aus Kitas

Leitung: Bärbel Jung (GEW)

Zeit/Ort: 02.11., 9.00-17.00 Uhr, GEW

Kosten: keine, für Nichtmitglieder EUR 15.-

Schulrecht für LehrerInnen [052-S-81]

Wie komme ich an der Schule als Lehrerin zu meinem Recht? Die Durchsetzungsfähigkeit in der Schule setzt voraus, dass ich über fundierte Kenntnisse der Rechtslage verfüge und diese Rechte durchsetzen kann. In diesem Kompaktseminar werden wir die wichtigsten Regelungen des neuen Schulrechts behandeln und Handlungsstrategien entwickeln, wie wir diese Rechte in konkreten Situationen erfolgreich einfordern können. Dazu werden wir praktische Übungen durchführen.

Für: LehrerInnen, auch Nichtmitglieder

Leitung: Knut Bialecki, Pit Rulff (beide GEW)

Zeit/Ort: 03.11., 15.30-19.00 Uhr, GEW

Kosten: keine, für Nichtmitglieder EUR 25.-

Einführung in die Beurteilung von Kinder- und Jugendbüchern zur Leseförderung [052-S-82]

Wer hat Lust auf Bücher? Die AG Jugendliteratur und Medien (AJuM) bietet für EinsteigerInnen ein Seminar zur Einführung in die Rezension von Kinder- und Jugendbüchern. Voraussetzung: Spaß am Lesen, PC-Kenntnisse und Internet-Anschluss. Unsere Rezensionen werden unter www.ajum.de ins Netz gestellt. Wir treffen uns einmal monatlich zum Verteilen der neuen Bücher und zum Informationsaustausch.

Für: Mitglieder der AJuM und Interessierte, auch Nichtmitglieder

Leitung: Cassen-Jan Harms, Ute Wolters

Zeit/Ort: 12.11., 9.00-16.00 Uhr, 1. Staatl. Fachschule für Sozialpädagogik

Kosten: keine, für Nichtmitglieder EUR 15.-

Das neue Kitaförderungsgesetz [052-S-83]

Wiederholung des Seminars vom 19.09. [052-S-62]

Zeit/Ort: 15.11., 9.00-17.00 Uhr, GEW

„Der neue Tarifvertrag Öffentlicher Dienst (TV ÖD) aus Sicht der Wissenschaft“ [052-S-84]

Mit diesem Seminar wollen wir die Regelungen zur Überleitung der Beschäftigten aus dem BAT/BAT-O in den neuen TV ÖD vorstellen und anhand von Fallbeispielen üben. Darüber hinaus werden die verschiedenen Möglichkeiten des TV ÖD für betriebliche Vereinbarungen erläutert (u.a. Eingruppierung, Arbeitszeit, Arbeitsort, leistungsbezogene Vergütung) – Optionen, die vor allem die Personalräte vor neue Herausforderungen stellen werden.

Für: Mitglieder der Abt. Wissenschaft der GEW BERLIN

Leitung: Matthias Jähne (GEW)

Zeit/Ort: 18.-19.11., Schmöckwitz

Kosten: keine

Stressbewältigung [052-S-85]

In diesem Seminar wird es vor allem um individuelle Möglichkeiten der Stressreduzierung gehen. Dazu gehören unter anderem Konzentrations- und Entspannungsübungen, Darstellung von konkreten Stresssituationen mit Hilfe von Rollenspielen u.a.m. Auf dem Seminar soll viel individuell erprobt werden, damit jedeR TeilnehmerIn am Ende für sich Möglichkeiten weiß, wie sie/er besser mit Stresssituationen umgehen kann.

Für: alle Mitgliedergruppen, auch Nichtmitglieder

Leitung: Dr. Stefanie Seeliger-Würtz

Zeit/Ort: 18.-19.11., 9.00-17.00 Uhr, GEW

Kosten: EUR 50.-, für Nichtmitglieder 150.-

Stimme: „Sie haben gut reden“ [052-S-86]

Dieses Seminar bietet die Möglichkeit, Klang und Wirkung der eigenen Stimme wahrnehmen zu lernen, sprechend Kraft und Präsenz

zu entwickeln und Wege zu finden, mit der eigenen Sprechweise den Verlauf des Unterrichts bzw. des Gruppengeschehens positiv zu beeinflussen. Das Seminar vermittelt praktische Übungen, die man eigenständig im Alltag fortführen und jederzeit anwenden kann. Es gibt ausreichend Zeit für individuelle Fragen und Hinweise zum Umgang mit der Stimme.

Für: alle Mitgliedergruppen, auch Nichtmitglieder

Leitung: Margarete Seibt (BISS), Manfred Triebe (GEW)

Zeit/Ort: 22.11., 9.00-17.00 Uhr, GEW

Kosten: EUR 25.-, für Nichtmitglieder 100.-

Eigenbetrieb Kita [052-S-87]

Zum 1. Januar 2006 sollen die neuen Eigenbetriebe „ans Netz“ gehen. Was ändert sich dabei für die ErzieherInnen, was bleibt gleich? Wie wird der Übergang aus der bezirklichen Kita in eine Eigenbetriebs-Kita gestaltet werden? Welche Satzung werden die Eigenbetriebe haben? Wie wird die Finanzierung der Eigenbetriebs-Kitas aussehen? Diese und andere Fragen wollen wir im Seminar behandeln.

Für: ErzieherInnen u. LeiterInnen aus Kitas

Leitung: Bärbel Jung (GEW)

Zeit/Ort: 23.11., 9.00-17.00 Uhr, GEW

Kosten: keine, für Nichtmitglieder EUR 15.-

Fit für Funktionsstellen [052-S-88]

Immer noch ist ein Großteil der Funktionsstellen an Berliner Schulen vakant. Aber inzwischen werden diese Stellen zumindest teilweise neu besetzt. Die GEW BERLIN hat viele qualifizierte Mitglieder. Damit diese aber auch die mühsamen Auswahlverfahren mit Bravour bestehen, wollen wir interessierte Mitglieder dafür fachlich, rechtlich und psychologisch schulen. Unsere Teamer Knut Bialecki und Pit Rulff mischen schon lange und erfolgreich in diesem Geschäft mit.

Für: LehrerInnen (nur Mitglieder)

Leitung: Knut Bialecki, Pit Rulff (beide GEW)

Zeit/Ort: 24.11., 15.30-19.00 Uhr

Kosten: keine

Flucht und Asyl [052-S-90]

In diesem Seminar wird das Handbuch „Flucht und Asyl“ für die Grundstufe vorgestellt. Dabei wird diskutiert, wie man das Thema für den Grundstufenunterricht aufbereiten kann. Neben praktischen Vorschlägen für den Unterricht werden auch die Handlungsmöglichkeiten für den Fall aufgezeigt, dass Flüchtlingskinder in der eigenen Klasse sind. Das Seminar soll LehrerInnen ermutigen, sich des Themas anzunehmen um Vorurteile zu begegnen und schon in der Grundstufe fremdenfeindlichen und rassistischen Einstellungen vorzubeugen.

Für: LehrerInnen und SozialpädagogInnen

Leitung: Swantje Tuch (Projekt Xenos)

Zeit/Ort: 29.11., 17.00-20.00 Uhr, GEW

Kosten: keine

Dezember**Selbst- und Zeitmanagement
[052-S-92]**

In diesem Seminar geht es um deine Ziele und Prioritäten sowie um die Entscheidungen, die du täglich triffst. Wir nehmen uns Zeit für kritische Reflektionen und den intensiven kollegialen Austausch miteinander. Ziel ist es u.a.,

- dein individuelles Selbst- und Zeitmanagement in seinen Stärken und Schwächen zu beleuchten,
- deine Leistungsfähigkeit und Motivation zu stärken,
- individuelle Optimierungen z.B. für deine Schreibtischorganisation und deine Zeiteinteilung zu erarbeiten und
- Methoden zur eigenen Stabilisierung, z.B. in Stresssituationen, zu lernen und zu vertiefen.

Wir wollen wir in diesem Training mit so viel Praxis wie möglich und so viel Theorie wie nötig arbeiten.

Für: alle Mitgliedergruppen, auch Nichtmitglieder
Leitung: Ursula Hilpertshauer (o-p-e-n.net GmbH)
Zeit/Ort: 08.-09.12., 9.00-17.00 Uhr, GEW
Kosten: EUR 50.-, für Nichtmitglieder 180.-

**Seminare für
PersonalvertreterInnen**

Genauere Informationen über diese Seminare findest du im Internet, wir schicken sie dir auf Anfrage auch gerne zu.

**Basisschulung 1 für
Personalratsmitglieder bei SenBJS
[051-P-40]**

Leitung: Rosi Pomian, Rosi Seggelke (beide GEW)
Zeit/Ort: 14.-17.08., Erkner
Kosten: ca. EUR 360.- für den Arbeitgeber

**Supervision für Mitglieder der
Personalvertretungen [052-P-54]**

Für: PR-Mitglieder, FV, SBV
Leitung: Petra Zastrow
Zeit/Ort: Beginn: 31.08., 1 x monatlich, jeweils 19.00-21.00 Uhr, GEW
Kosten: je Termin EUR 20.-

**Prävention nach § 84 SGB IX
[052-P-65]**

Für: PR, FV und SBV
Leitung: Manfred Triebe (GEW), Fr. Örtel (Integrationsamt)
Zeit/Ort: 22.09., 9.00-17.00 Uhr, GEW
Kosten: ca. EUR 40.- für den Arbeitgeber

**Seminar für Frauenvertreterinnen
und ihre Stellvertreterinnen bei
SenBJS [052-P-68]**

Leitung: Annette Gottschalk (GEW)
Zeit/Ort: 25.-27.09., Erkner
Kosten: ca. EUR 270.- für den Arbeitgeber

**Spezialseminar für die Personalräte
der Bezirke (Weiterentwicklung der
Eigenbetriebe, des Hortangebots,
1€-Jobs) [052-P-75]**

Leitung: Klaus Schroeder (GEW)
Zeit/Ort: 23.-25.10., Erkner
Kosten: ca. EUR 270.- für den Arbeitgeber

**Arbeit von Gesundheitszirkeln
[052-PS-77]**

Für: PR, FV, SBV sowie LehrerInnen und SozialpädagogInnen
Leitung: Manfred Triebe (GEW), N.N. (GeKO – Gesundheitskompetenz)
Zeit/Ort: 27.-28.10., GEW
Kosten: EUR 200.- für den Arbeitgeber; Mitglieder, die nicht PR/FV/SBV sind, zahlen einen Eigenbeitrag von 50.-

**Basisschulung 2 für
Personalratsmitglieder bei SenBJS
[052-P-79]**

Leitung: Rosi Pomian, Rosi Seggelke (beide GEW)
Zeit/Ort: 30.10.-02.11., Erkner
Kosten: ca. EUR 360.- für den Arbeitgeber

**Aufbauseminar für Personalräte der
Bezirke [052-P-89]**

Leitung: Klaus Schroeder (GEW)
Zeit/Ort: 27.-29.11., Erkner
Kosten: ca. EUR 270.- für den Arbeitgeber

**Seminare für
Betriebsratsmitglieder**

Genauere Informationen über diese Seminare findest du im Internet, wir schicken sie dir auf Anfrage auch gerne zu.

Leistungslohn [052-B-52]

Für: Betriebsratsmitglieder
Leitung: Dr. Bärbel Stut
Zeit/Ort: 24.-26.08., GEW
Kosten: EUR 255.- für den Arbeitgeber

**Personelle Einzelmaßnahmen und
Kündigungen [052-B-71]**

Für: Betriebsratsmitglieder
Leitung: Dr. Bärbel Stut
Zeit/Ort: 05.-07.10., GEW
Kosten: EUR 255.- für den Arbeitgeber

Mobbing [052-B-91]

Für: BR- und PR-Mitglieder
Leitung: Dr. Bärbel Stut
Zeit/Ort: 05.-07.12., GEW
Kosten: EUR 255.- für den Arbeitgeber

Anmeldung

Für die Anmeldung benötigen wir: Name, Adresse, Telefon, Seminarnummer oder -titel. Bei Seminaren für Betriebsratsmitglieder, Personalratsmitglieder, Frauenvertreterinnen oder SchwerbehindertenvertreterInnen zusätzlich Namen und Adresse des Arbeitgebers.

Anmeldungen bitte an: GEW BERLIN, Ahornstr. 5, 10787 Berlin.

Geöffnet täglich 9-12 Uhr, Mo, Di, Do 12.30-16.00 Uhr, Fr bis 15.00 Uhr
Telefon: 030 / 21 99 93 -0 Fax: 030 / 21 99 93 50 E-Mail: info@gew-berlin.de

Die Seminarunterlagen und Teilnahmebedingungen werden nach der Anmeldung zugeschickt.

Freistellungen und weitere Informationen

In den meisten Fällen ist es nicht nötig, für den Besuch eines Seminars Urlaub zu nehmen oder Überstunden abzubummeln. Viele unserer Seminare sind nach dem Berliner Bildungsurlaubsgesetz als Bildungsurlaubsveranstaltungen anerkannt (Näheres zum BiUrlG siehe unter <http://www.berlin.de/bildungsurlaub>). Außerdem können Beschäftigte des öffentlichen Dienstes Urlaub aus besonderem Anlass beantragen.

Bei Fragen zum Bildungsprogramm erreicht ihr uns unter 030 / 21 99 93 61 oder per E-Mail unter gewbildung@gew-berlin.de.

Das gesamte Seminarprogramm findet ihr im Internet unter <http://www.gew-berlin.de/> in der Rubrik Veranstaltungen/Seminare.

Mit 19 vor der Klasse

In den Wirrnissen des Kriegsendes beginnt für die Autorin die Ausbildung zur Lehrerin.

von Sigrid Gärtner, Vorsitzende des Seniorenausschusses

Nachdem meine Heimatstadt Stargard/Pommern im Februar 1945 planmäßig geräumt wurde, brachte ein Flüchtlingszug Mütter mit Kindern und alte Leute in die Randgebiete von Berlin, wo sie aufgeteilt wurden. Ich war zu der Zeit im Arbeitsdienst, erhielt aber zum Glück noch per Post die Adresse des Aufenthaltsortes meiner Familie in Schöneiche. Tatsächlich machte ich sie im April ebendort ausfindig. Das Haus, in dem wir wohnten, wurde noch Anfang Mai von einer Granate getroffen. Also ging die Flucht wochenlang weiter. Inzwischen war der Krieg beendet und wir landeten Ende Juni in Berlin-Lichtenberg. Dort wurden wir aufgegriffen und in ein Flüchtlingslager geschickt. Nachdem wir während der Anmeldung von Insassen erfuhren, dass es völlig verlaust und verwandt war, entschieden wir uns spontan: „Hier nicht!“ Eine Verwandtschaftsadresse im Gedächtnis, schlugen wir uns nach Karlshorst durch. Dort hatte die russische Kommandantur sogenannte „Straßenbevollmächtigte“ eingesetzt, um verwaltungstechnische Ordnung ins Nachkriegschaos zu bringen. Der für uns zuständige Straßenbevollmächtigte wies uns ein kleines Zimmer bei einer „Nazi“-Familie zu und erreichte auch für uns die Aufenthaltsgenehmigung.

Zu seinen weiteren Aufgaben gehörte es auch, alle Arbeitsfähigen zu melden. Unter Aufsicht russischer Offiziere wurden allen Arbeitsfähigen, hauptsächlich Frauen, eine Arbeit zugewiesen. Ich war gerade 18 Jahre alt geworden, also nicht mehr schulpflichtig. Ich kam in die Gasanstalt Rummelsburg. Dort befand sich ein riesiges Büchersammellager: Bestände vieler Berliner Bibliotheken wurden dort zusammengetragen. Wir Frauen wurden in Gruppen eingeteilt: Bücher auspacken, sortieren nach Sachgebieten, Titel in Listen schreiben, Bücher zu Paketen packen, beschriften und verschneiden. Für mich war das eine inter-



Sigrid Gärtner als junge Frau und mit der Freundin über pädagogische Wege diskutierend. FOTOS: PRIVAT

essante Aufgabe, denn ich gehörte abwechselnd zu den Sortierern oder Listenschreibern. Zwei deutsch sprechende russische Professoren hatten die Leitung.

Im November 1945 zeigte mir eine Mitarbeiterin einen Aufruf in einer Zeitung: Wer gerne Lehrer werden möchte, möge sich melden, denn ab Januar 1946 wolle der Magistrat von Großberlin Neulehrerkurse einrichten. Dieser Aufruf kam meinem Berufswunsch entgegen. Ich wollte gern mit Kindern arbeiten. Ich musste mich bei einem Herrn Wildangel, Abteilung Volksbildung, melden. Nach einem recht ausführlichen Gespräch, ich war schrecklich aufgeregt, beendete er es mit dem Satz: „Wenn Sie wollen, dann sollen Sie auch. Sie bekommen Bescheid.“

Im Januar 1946 begann die acht Monate währende Ausbildung, für mich in Berlin-Lichtenberg. Wir wurden in mehrere Klassen aufgeteilt und erhielten ei-

nen gefächerten Schulunterricht. Wir waren eine völlig zusammengewürfelte Gruppe: Beträchtliche Altersunterschiede, gerade entlassene Kriegsteilnehmer, Kriegerwitwen, Abiturienten, Männer und Frauen, die sich beruflich verändern wollten. Ende August legten wir eine Prüfung ab und wurden am 1. September 1946 auf die Kinder losgelassen.

Ich kam in eine Volksschule nach Lichtenberg, Siegfriedstraße. Aufgeregt und auch ängstlich meldete ich mich beim Schulleiter. Ich kann mich noch an die skeptischen Gesichter des völlig überalterten Kollegiums erinnern, denn einige nahmen an, ich wäre eine Schülerin für die 8. Klasse. Ich sollte als 19-Jährige einen fast 70-jährigen Lehrer ablösen. Es war ein 2. Schuljahr. Als ich in den halbverdunkelten Klassenraum kam, tobten dort 40 Jungen durcheinander und bewarfen sich mit Papierschnitzeln. Es dauerte eine Weile, ehe Ruhe einkehrte.

Als der Schulleiter mich als ihre neue Lehrerin vorstellte, durchströmte tatsächlich eine Woge der Erleichterung den Klassenraum: „Ein junges Frollein!“ Wie viel Stunden ich insgesamt unterrichten musste, weiß ich nicht mehr. Der tägliche Arbeits-

plan war jedoch voll ausgefüllt. Vormittags Schule, d.h. Unterricht und Hospitationen, die von Kollegen als zusätzliche Belastung angesehen wurden, und nachmittags Weiterbildung, pädagogische, methodische Unterweisung.

Im Dezember 1946 wurde die Pädagogische Hochschule eröffnet. Die Schulleiter sollten je einen Neulehrer entsenden. Da ich in der kurzen Zeit einen sehr guten Kontakt zu den Jungs und ihren Müttern aufbauen konnte, wurde ich vorgeschlagen. Ich nahm dieses Angebot sehr gern an, obwohl ich andererseits traurig war, meine „Rasselbande“ verlassen zu müssen. ■



„Die Übergabe erfolgt besenrein!“

Wie das Land Berlin die Zusammenlegung des LISUM mit Brandenburg plant.

von Gerhard Weil, stellvertretender Vorsitzender des Personalrates am LISUM

Das Berliner Landesinstitut für Schule und Medien (LISUM) soll im Laufe des Jahres 2007 mit dem LISUM Brandenburg am Standort Struveshof/ Ludwigsfelde vereint werden. In Berlin räumt man schon kräftig auf nach der Maxime „Die Übergabe erfolgt besenrein“. Als 1994 das BIL gegründet wurde, waren dort zusammen mit der damaligen Landesbildstelle rund 400 MitarbeiterInnen beschäftigt; nach der Zusammenlegung beider Einrichtungen zum LISUM zählte man dann noch 125 Beschäftigte.

Schon seit der vormaligen LISUM-Chefin und heutigen Hamburger Bildungssenatorin Alexandra Dinges-Dierig werden alle durch Pensionierung, Altersteilzeit oder Weggang frei gewordenen Stellen nicht wieder neu besetzt, sondern in der Regel lediglich durch zwei jährlich neu aus der Lehrerschaft zu berufende halbe Moderatorenstellen ersetzt. Einzige Ausnahme ist hier die Berufung einer Referentin für „Pädagogische Schulentwicklung“ (Klippert). So zählt man in Berlin heute nur noch 70 MitarbeiterInnen. Deswegen wird Berlin nur ganze 34 Stellen, davon lediglich fünf ReferentInnen, in die Vereinigung 2007 einbringen können (einige werden wohl Berlin im Medienforum Spittelmarkt als „Stadtmedienstelle“ erhalten bleiben). Wenn überhaupt! Da viele von den gezählten 29 Verwaltungskräften, vom Büroboten bis zum Verwaltungsleiter, wegen des weiten Weges und der ungünstigen Fahrverbindungen einen Umzug nach Struveshof nicht mitmachen, könnte sich diese Zahl sogar noch halbieren. Die Brandenburger sind



Baustelle LISUM: Uhlandstraße, Alte Jakobstraße, Storkower Straße, jetzt Alt-Friedrichsfelde – demnächst Ludwigsfelde/Struveshof?

FOTO: PRIVAT

da anders bestückt! Sie bringen trotz Zusammenlegung mit ihrem Medieninstitut und Personalabbau fast doppelt so viel Personal ein: 59 MitarbeiterInnen, davon vor allem 23 ReferentInnen. Also fühlen sich 5 ReferentInnen für rund 32.000 Berliner Lehrkräfte und 23 für die gut 23.000 Brandenburger KollegInnen zuständig?

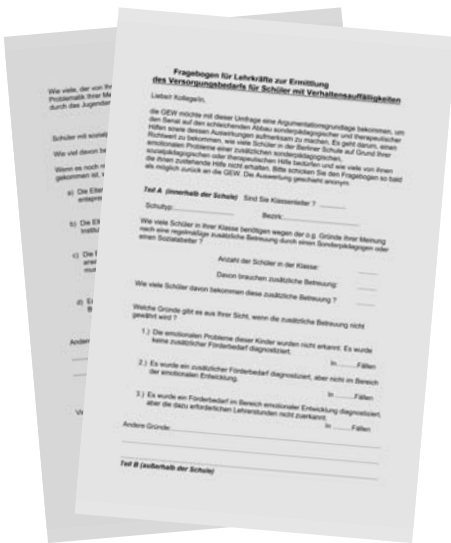
Bildungspolitisch ist dies meiner Meinung nach unverantwortlich, weil damit fast niemand mehr im künftigen LISUM Berlin-Brandenburg die spezifischen Bedingungen Berlins (Ballungsraum, Migranten usw.) aus eigener Anschauung kennt und fachlich dafür qualifiziert ist. Hinzu kommt, dass Tom Stryck von der Senatsbildungsverwaltung gerade dabei ist, die dem LISUM Berlin zugehörigen 53 ModeratorenInnen in einem regionalisierten Konzept auf bezirkliche Fortbildungszentren zu verteilen. Ein solches Modell haben die Brandenburger auch schon

versucht – und sind gescheitert. Nicht nur nach Meinung der Brandenburger KollegInnen, sondern auch nach Meinung einer wissenschaftlichen Analyse von der FU Berlin.

Wir halten fest: Im neuen LISUM Berlin-Brandenburg wird es kaum Personal geben, das sich mit den spezifischen Bedingungen Berlins auskennt. Und es wird bezirkliche Fortbildungszentren geben, deren Wirksamkeit mehr als fraglich ist. Mit anderen Worten: Lehrerfortbildung wird in Berlin kaum noch stattfinden. Manchen Schulaufsichtsbeamten wird das freuen: endlich ist dieser Störfaktor und Verursacher von Unterrichtsausfall beseitigt! Dafür soll es aber ein sogenanntes „Berliner Qualitätsinstituts“ geben, das sich allein der Entwicklung von Qualitätsstandards und Tests widmet und wohl Tom Stryck als Leiter erhält.

Und dies alles wird ohne Beteiligung der Betroffenen geplant! Zwar sagte Landesschulrat Pokall bei einer Personalversammlung des LISUM im Februar 2004 die Beteiligung der Personalvertretungen an der Neuplanung des gemeinsamen Landesinstituts zu, gehalten hat sich aber niemand daran. Trotz schriftlicher Erinnerung mit Hinweis auf den immer noch geltenden § 73 Abs. 1 des Personalvertretungsgesetzes („Die Personalvertretung ist zur Durchführung ihrer Aufgaben rechtzeitig und umfassend zu unterrichten. Ihr sind sämtliche zur Durchführung ihrer Aufgaben erforderlichen Unterlagen zur Verfügung zu stellen.“) gibt es bis heute keine Personalratsbeteiligung.

Die Klausel in Mietverträgen „Die Übergabe erfolgt besenrein“ ist da doch eine naheliegende Assoziation! ■



Fragebogen herunterladen: www.gew-berlin.de/050611_fragebogen.pdf. Nicht vergessen: An die GEW zurücksenden!

Die Fragebogenaktion zum Versorgungsbedarf von Integrationsplätzen für verhaltensauffällige Kinder in Kindertageseinrichtungen und Schulen, den die Landesdelegierten im Juni 2004 beschlossen hat, braucht dringend einen stärkeren Rücklauf. Für den zu erzeugenden öffentlichen Druck muss die Bedarfsermittlung repräsentativ und damit aussagekräftig sein. Deswegen rufen wir alle PädagogInnen in den Einrichtungen auf, die Fragebögen zurückzusenden. Derzeit ist der Rücklauf ziemlich schleppend.

Hier die Auswertung der ersten Daten: Es zeichnet sich eine eklatante Mangelversorgung der Kinder mit Verhaltensauffälligkeit ab. Am deutlichsten ist die Unterversorgung an den Oberschulen erkennbar. Dort werden rund 25 Prozent der SchülerInnen von den KlassenleiterInnen als verhaltens-

Bedarf an Integrationsplätzen für verhaltensauffällige Kinder

Die GEW hat eine Fragebogenaktion gestartet und ruft auf, sich daran zu beteiligen.

von Thomas Haudel, AG Schulpsychologie der GEW BERLIN

auffällig eingestuft, jedoch nur 3 Prozent dieser SchülerInnen erhalten eine fachgerechte Hilfe durch SonderpädagogInnen oder SozialarbeiterInnen. Das liegt nach Einschätzung der befragten Lehrkräfte vor allem daran, dass die notwendige Diagnostik im Grundschulbereich nicht stattgefunden hat oder der Integrationsstatus nach dem Wechsel in die Oberschule nicht mehr besteht, bzw. die dafür nötigen Lehrerstunden nicht bereitgestellt werden. Auch in den Kitas und Grundschulen werden diese Kinder nicht im erforderlichen Maße betreut. Grund dafür ist u.a., dass der Bedarf nicht erkannt wird, weil die notwendige Diagnostik durch eine sonderpädagogische Fachkraft nicht stattgefunden hat. Es gibt allerdings regionale Unterschiede, die in der abschließenden Auswertung näher betrachtet werden sollen.

Im Bereich der außerschulischen Hilfen erhält nur etwa ein Viertel der hilfebedürftigen Kinder eine Unterstützung. Dass diese Hilfen nicht zustande kommen, liegt vor allem an der mangelnden Initiative der Eltern, diese Hilfen beim Jugendamt auch einzufordern. Die Zusammenarbeit zwischen Schulen und Jugendämtern muss besser aufein-

ander abgestimmt werden, um den Eltern den Zugang zu den im Kinder- und Jugendhilfegesetz (KJHG) verankerten Hilfsangeboten zu erleichtern.

Das Fazit nach Auswertung der bisher vorliegenden Fragebögen lautet: Die im Schulgesetz und im Kinder und Jugendhilfegesetz vorgesehenen besonderen Betreuungsmöglichkeiten für Kinder mit emotionalen Problemen werden einer Vielzahl von bedürftigen Kindern und Jugendlichen vorenthalten. Die fehlenden Hilfen belasten nicht nur die Kinder, sondern führen auch zu einer deutlichen Mehrbelastung der unterrichtenden bzw. erziehenden KollegInnen.

Die GEW kritisiert diesen Zustand und drängt auf Veränderung. Um genaue Verbesserungsvorschläge entwickeln zu können, benötigen wir aber möglichst umfassende Informationen. Dazu haben wir die Fragebogenaktion gestartet: Wir rufen alle LeserInnen der *blz* auf, sich zu beteiligen. Der Rücklauf ist auch nach Beginn des neuen Schuljahres noch möglich, sollte aber vor der LDV im Herbst abgeschlossen sein. Der Fragebogen ist direkt bei der GEW erhältlich oder kann unter www.gew-berlin.de/050611_fragebogen.pdf heruntergeladen werden. ■

ANZEIGE

Wir sind tieftraurig über den Tod unseres Kollegen,
Freundes, Weggefährten und Klassenlehrers

Alfred Hoheisel

In der langen Zeit an der BTO und LMO prägte er das Schulleben durch seine engagierte, kollegiale und lebensfrohe Art. Alf hinterlässt eine schmerzliche Leere, aber die Erinnerung an seinen tatkräftigen Geist wird uns weiterhin begleiten.

Die Schulgemeinschaften der
B.-Traven-Gesamtschule und der Lina-Morgenstern-Gesamtschule

Ihre Anzeige in der blz

Tel: 030-21 99 93 46 • Fax: 030-21 99 93 49

Praxis für Heilkundliche Psychotherapie

Körperorientierte Psychotherapie für
Einzelpersonen, Paare und Gruppen

Fabian Lenné

030 6904 1279 www.PfHP.de

Englisch – ein pädagogisches Notstandsgebiet

Fremdsprachenmethodik: Über die Verwendung der Muttersprache im Englischunterricht.

von Wolfgang Butzkamm, RWTH Aachen

Die Ergebnisse der ersten flächendeckenden Lernstandserhebungen in NRW, bei denen alle neunten Klassen in den Fächern Deutsch, Mathematik und Englisch überprüft wurden, haben besonders die Erwartungen im Fach Englisch in den Haupt- und Gesamtschulen des Landes enttäuscht.

Hilferufe von Englischlehrkräften der Hauptschule hat es schon öfter gegeben. Da wird ein Neuntklässler nach fünf Jahren Englisch gefragt „What's your name?“ und antwortet „Yes, I am“. Die SchülerInnen werfen noch I und it durcheinander, wollen wissen „Was heißt eigentlich to be?“ Nachzulesen ist dies in einem Artikel einer Lehrerin aus den achtziger Jahren mit dem Titel „Bitte um Erlösung. Nicht jeder ist fähig, eine Fremdsprache zu lernen.“ Der Tenor: Warum erlauben wir es den Schülern nicht, Englisch rechtzeitig abzuwählen?

Kann ausgerechnet eine Fremdsprache so etwas wie der soziale Ungleichmacher sein? Wir Menschen sind ja von Natur aus besonders auf den Spracherwerb vorbereitet, auch auf den Erwerb von zwei Sprachen, ganz im Gegensatz etwa zur Mathematik. So gibt es viele Regionen auf der Welt, die praktisch zweisprachig sind. Warum sollten es da nicht auch weniger Begabte zu passablen Leistungen bringen können? Außerdem geht es um die Weltsprache Englisch, die doch jeder gern lernen will, die in allen Industrieländern vielfach präsent und außerdem so nah mit dem Deutschen verwandt ist, dass uns viele Wörter geradezu in den Schoß fallen. All das schreit nach einer Erklärung.

Ich maße mir nicht an, die ganze Erklärung zu haben. Aber hier meine Hauptthese: Englisch wird in den Anfangsjahren falsch unterrichtet. Das gilt zwar für alle Schulformen, trifft aber besonders lernschwache und benachteiligte Kinder. Diese Kinder sind eher entmutigt, können methodische Defizi-



Eine Kurskorrektur im Englischunterricht ist nötig.

FOTO: MICHAEL SEIFERT

te nicht selbst kompensieren und bekommen auch Zuhause keine ausgleichenden Hilfen. Die ersten Hinweise darauf bekam ich, als ich vom Gymnasium an eine neu gegründete Gesamtschule ging, die anfangs nur SchülerInnen mit Haupt- bzw. Realschulempfehlung besuchten. Zuvor hatte ich Englisch am Gymnasium erfolgreich unterrichtet und dachte zunächst, ich könne so weitermachen wie bisher, natürlich mit mehr Geduld und langsamerem Vorgehen. Dennoch klappte es nicht so gut, wie ich es mir vorgestellt hatte. Ich begann zu experimentieren und zugleich intensiv die Fachliteratur zu studieren, eine Arbeit, die mich am Ende zurück in die Hochschule führte. Nach dreißig Jahren Lehre und Forschung an der Hochschule mit regelmäßigen Schulbesuchen und Unterrichtsdemonstrationen in verschiedenen Schulformen fasse ich meine Kritik wie folgt zusammen:

Die herrschende Methodik-Konzeption ist von der Vorstellung geprägt, wie man Sprache auf natürliche Weise, etwa im Fremdsprachenland erwirbt, im stetigen Umgang mit Muttersprachlern. So kommt es zu den großen Prinzipien der Handlungsorientierung, der Mündlichkeit und der Einsprachigkeit, die etwas Richtiges treffen, aber in der Schule nur eingeschränkt gültig sind. Die Crux ist, dass unter den zeitlichen Beschränkungen der Schule natürliche Erwerbsprinzipien ohne „künstliche“ Hilfsmittel nicht greifen können.

Handlungsorientierung beim Spracherwerb

Kommunizieren, diskutieren, in eigener Sache sprechen, Sprachhandeln: dies ist das Ziel, das man nicht aus dem Auge verlieren darf. Das Ziel ist gewiss auch der Weg, aber nicht der ganze Weg. Das gilt selbst für den

natürlichen Spracherwerb nicht, in dem die Kinder Ausdrücke ühend imitieren und wiederholen. Jede neue Sprache ist eine neue Klangwelt, in die man sich einhören muss und die artikulatorisch zu bewältigen ist. Das Scheitern ist programmiert, wenn die Schwierigkeiten phonetischer Gewöhnung unterschätzt werden und die Kinder nicht genügend Nachsprechimpulse bekommen und auswendig lernen. Wir wissen, dass sich Kleinkinder schon im ersten Jahr auf die Muttersprache einstellen und fremde Lautungen nicht mehr richtig wahrnehmen. Wir müssen wieder neu hören lernen, um scheinbar einfache Sätzchen wie „How old are you“ oder „John's got a good job“ einwandfrei zu produzieren. Im Anfangsunterricht muss jedes Kind jeden neuen Ausdruck mehrfach mündlich ausprobieren, unter Kontrolle des Lehrers, im viel geschmähten Frontalunterricht. Gruppenarbeit, offener Unterricht, SchülerSelbsttätigkeit durchaus von Anfang an, aber im Stundenzyklus an der richtigen Stelle! Erst wenn die Zunge sich nicht mehr verrenken muss, schwindet das Unangenehme, das Fremde an der fremden Sprache. Dazu bedarf es bei den üblichen Klassengrößen einer Art von Lernsport, des Chorsprechens, der Lieder und Sprechgesänge. Dann halten die Kinder auch durch.

Erst erfolgreiches imitatives Üben gibt die Sicherheit und das Selbstvertrauen für den handlungsorientierten Umgang mit der Sprache, und nur durch künstliche, ausgetüfelte Arrangements können wir bei wenigen Wochenstunden die Voraussetzungen dafür schaffen, dass der Unterricht immer wieder in Sprachhandeln hinübergleiten kann. Wer hier zu wenig tut, wird immer SchülerInnen haben, die es nicht schaffen, die sich nie in der neuen Sprache heimisch fühlen und frei artikulieren – und das auch nach Jahren nicht.

Verwendung des Mitleseverfahrens

Ein künstliches Mittel beim ersten Nachsprechen und Einüben von Dialogen ist die Mithilfe des gedruckten Textes nach Art des Mitleseverfahrens, das aber nicht „offiziell“ empfohlen wird. Die reine Mündlichkeit bei der Ersteinführung neuer Ausdrücke ist bei Kindern, die schon lesen können, nachweislich ineffektiver als die geschickte Zuhilfenahme des Schriftbilds. Den Schülern muss gesagt werden, dass sie so nachsprechen sollen, wie sie hören, sie dürfen aber zwischendurch auf das

Schriftbild schauen. Diese kleine Hilfe an der richtigen Stelle kann schon dazu beitragen, dass Schüler nicht vorzeitig entmutigt aufgeben. Man versuche doch mal eine Sprache wie Ungarisch etwa mit einem Computerprogramm rein übers Ohr zu lernen, oder aber schon beim ersten Hören mit unterlegter Textzeile! Dass schriftgestütztes Hören bei jeder Sitzung in reines Hören übergehen muss, versteht sich von selbst.

Der Einsatz der Muttersprache

Der größte Fehler ist der Verzicht auf die Mithilfe der Muttersprache. Auch hier spielt wohl die Vorstellung eine Rolle, dass ein Kind, das eine Erstsprache erwirbt, auch nicht auf eine andere Sprache zurückgreifen kann. Wenn man aber genauer hinschaut, wird klar, dass Kinder, die in zweisprachigen Familien zweisprachig aufwachsen, durchaus die jeweils stärkere Sprache benutzen, um in der anderen voranzukommen.

Jede neue Sprache trifft auf die schon vorhandenen Sprachen. Nun sind zwar alle Sprachen insofern Konkurrenten, als ohne Kontaktzeit Sprachverlust droht und die Gesamtkontaktzeit selbst nicht erweiterbar ist. Weil nun die Muttersprache oder eine Erst- und Zweitsprache immer schon da sind, lässt es sich leicht aus der Fremdsprache flüchten – eine ständige Versuchung für SchülerInnen und Lehrkräfte. Im Unterricht aber müssen die SchülerInnen in die Fremdsprache eintauchen können. Denn in der Tat ist die Fremdsprache als Gebrauchssprache des Unterrichts durchzusetzen.

Nicht anzustreben ist die Einsprachigkeit, die keine ausgefeilten zweisprachigen Lehrtechniken kennt. Falsch ist nämlich, die Muttersprache auf die Rolle der Feuerwehr bei schwierigen Wort- und Strukturklärungen zu reduzieren. Richtig ist: In der Muttersprache und durch sie haben wir denken und kommunizieren und eine grammatische Grundordnung intuitiv erfassen gelernt. Dabei stößt die Muttersprache nicht nur das Tor zur eigenen Grammatik, sondern schon zu allen Grammatiken auf! Diese Prägung und Vorinformation, d.h. die umgreifende, in der Erstsprache heranreifende Sprachlichkeit des Menschen, ist das Fundament unserer Selbstwerdung und der größte Aktivposten des Fremdsprachenlerner.

Die meisten LehrerInnen müssen aber die Zuhilfenahme durch die Muttersprache im Unterricht noch lernen.

Sie werden ansonsten mit Ratschlägen wie diesen abgespeist: so viel wie möglich die Fremdsprache verwenden, nur so wenig wie nötig die Muttersprache gebrauchen. So bleiben sie, was bilinguale Techniken angeht, methodische AnalphabetInnen.

Das Schlimmste ist, dass ohne die richtige Zuhilfenahme der Muttersprache oft etwas passiert, was nun wirklich niemand will: Viele LehrerInnen können unter schwierigen Bedingungen die Fremdsprache als Verkehrssprache des Unterrichts nicht durchsetzen. Alles bricht zusammen, alle sprechen nur Deutsch, LehrerInnen wie SchülerInnen. Selbst im Gymnasium gibt es das und niemand stellt sich diesem Skandal.

Im Gegensatz zu den Schulbuchverlagen, die von ministeriellen Richtlinien abhängig sind, operieren Sprachführer für das allgemeine Publikum systematisch mit Übersetzungen und der Spiegelung fremder Strukturen in der Muttersprache, der wörtlichen Übersetzung, und erzielen damit große kommerzielle Erfolge, u.a. die deutsche Kauderwelsch-Serie und die weltweit verbreiteten Assimil-Sprachbücher. Wenn der Markt zu entscheiden hätte, wären die Scheuklappen vor der gezielten Mithilfe der Muttersprache längst gefallen.

Kurskorrektur erforderlich

Die herrschende Konzeption bringt LehrerInnen wie SchülerInnen unnötig in Schwierigkeiten, die zwar auch in anderen Schulformen erkennbar sind, sich aber an der schwächsten Stelle, etwa bei SchülerInnen ohne „familiäre Nachhilfe“, verheerend auswirken können. Im Bestreben, den Unterricht ganz in die Nähe dessen zu bringen, was Sprache wirklich ist, wozu sie taugt, nämlich sich auszutauschen über die Welt, um miteinander handeln zu können, wird die fundamentale Künstlichkeit eines auf wenige Wochenstunden beschränkten Sprachunterrichts unterschlagen. ■

Benutzte Literatur: Wolfgang & Jürgen Butzkamm. Wie Kinder sprechen lernen. Kindliche Entwicklung und die Sprachlichkeit des Menschen. 2. Auflage. Tübingen: Francke, 2004.

Wolfgang Butzkamm. Lust zum Lehren, Lust zum Lernen. Eine neue Methodik für den Fremdsprachenunterricht. Tübingen: Francke, 2004.

Wolfgang Butzkamm (geb. 1938) ist em. Professor für die englische Sprache und ihre Didaktik an der Rheinisch-Westfälischen Technischen Hochschule (RWTH) Aachen. Zuvor war er Lehrer an einem Gymnasium und einer Gesamtschule.

Die Landesdelegierten tagten

Neuwahlen und „Eine Schule für alle“ waren die Schwerpunkte der Versammlung Ende Mai.

von Folker Schmidt, Mitglied der blz-Redaktion



Ein Blick vom Podium auf die entspannten Delegierten.

FOTO: TRANSIT/POLENTZ

Alle bekamen ihre verdienten Blumensträuße. Die einen, weil sie wegen der Übernahme höherer Ämter ausscheiden mussten, die anderen, weil sie nach mehr oder weniger langer Amtszeit ein Auszeitbedürfnis hatten.

Es darf gewählt werden

Den ersten Blumenstrauß erhielt Ulrich Thöne, der beim Gewerkschaftstag in Erfurt zum Bundesvorsitzenden „aufgestiegen“ war. Die Delegierten dankten ihm im Stehen mit lang anhaltendem Beifall. Die Qual der KandidatInnensuche für seine Nachfolge hatte uns seit

Monaten bewegt. Erst kurz vor der Landesdelegiertenversammlung hat sich **Rosi Seggelke** entschlossen, statt für die Position stellvertretende Vorsitzende für die Position der Vorsitzenden zu kandidieren. Mit ihrer Wahl hat die GEW BERLIN nun eine Chefin.

Dass auch die Positionen der StellvertreterInnen besetzt werden konnten, war der Suche vieler, vor allem aber der von Rosi Seggelke und **Hartmut Schurig**, unserem bisherigen Stellvertreter, zu verdanken. Letzterer wurde dann auch gleich wiedergewählt. Für die beiden anderen Stellvertretungen kandidierten die Bezirksvorsitzende aus Mar-

zahn-Hellersdorf, **Dagmar Poetzsch** und **Diana Greim**, ein hoffnungsvolles Nachwuchstalent aus der Abteilung Wissenschaft und Personalratsvorsitzende der studentischen Beschäftigten an der Technischen Universität Berlin. Beide wurden gewählt. Dagmar nach einem kleinen Betriebsunfall: sie bekam im ersten Wahlgang eine Stimme zu wenig.

Wiedergewählt wurden auch die bisherigen Schatzmeister **Peter Baumann** und **Dieter Haase**.

Dann ging es an die Wahlen der Referate A-G, die ich der besseren Verständlichkeit wegen ab jetzt beim Namen

ANZEIGE



Rosi Seggelke, Hartmut Schurig, Dagmar Poetzsch und Diana Greim.

FOTOS: HERSCHELMANN, TRANSIT/C.V.POLENTZ

nennen werde. Ilse Schaads Referat Tarif- und Beamtenpolitik war wegen ihrer Wahl in den Bundesvorstand verwaist. Ilse konnte aufgrund persönlicher Umstände erst am zweiten Tag anwesend sein und bekam deswegen die Blumen und den lang anhaltenden Beifall der Delegierten etwas verspätet. Für das schwerlich gleichwertig zu besetzende Ressort kandidierte **Holger Dehring**, dem man wegen seiner Mitgliedschaft im Gesamtpersonalrat und der vormaligen Funktion als Bezirksvorsitzender in Pankow großes Vertrauen entgegenbrachte und ihn wählte.

Das Referat Bildungspolitik, das Thomas Isensee nach zwölf Jahren hervorragender Tätigkeit verlässt, wurde mit **Hans-Jürgen Rausch** aus Kreuzberg besetzt. Um das Referat Schulrecht/Bildungsfinanzierung, das Monika Rebitzki nach einer Periode aus Altersgründen aufgab, wurde gekämpft. Marliese Seiler-Beck, die Vorsitzende des Bundesfachgruppenausschusses Realschulen, und **Ronald Rahmig**, Vorsitzender der Fachgruppe kaufmännische Schulen und Personalratsmitglied für berufsbildende und zentralverwaltete Schulen, traten gegeneinander an. Nach dem zweiten Wahlgang stand fest: Ronald soll es machen! Marliese gratulierte und kündigte an, nicht sauer zu sein und ihre bisherigen Funktionen weiter auszufüllen.

Genauso befriedigend verlief die Wahl für das nächste Referat: **Michael Martin**, der ehemalige Leiter der Berliner GEW-Arbeitsgruppe für LehrerInnenbildung, wurde hochprozentig in das leider in der letzten Periode nicht besetzte Referat Lehreraus-, -fort und -weiterbildung gewählt.

Die nächsten drei Referate zeichneten sich durch Kontinuität in der Besetzung aus; die bisherigen AmtsinhaberInnen wurden wiedergewählt. Durch überzeugende Ausfüllung der Positionen in der Vergangenheit und durch starke Vorstellungreden wurden die folgenden Ämter fortgesetzt: Jugendhilfe und Sozialarbeit mit **Klaus Schroeder**, Hochschule und Forschung mit **Rainer Hansel** und berufliche Bildung und Weiterbildung mit **Rosi Pomian**.

Als Nachfolgerin von Sigrid Baumgardt wurde dann **Peter Sinram** als Pressesprecher gewählt. Peter ist Vorsitzender der Abteilung berufsbildende und zentralverwaltete Schulen.

Das Amt des verantwortlichen Leiters der blz wurde von Pit Rulff nach zwölf Jahren wegen Überlastung aufgegeben. Anschließend wurde meine neue Chefin gewählt. **Sigrid Baumgardt** erklärte sich bereit, nach sechs Jahren als Pressesprecherin nun als Chefredakteurin zur blz zu wechseln, was die Delegierten freudig mitmachten.

Als Vertreter der GEW BERLIN im Frankfurter Hauptvorstand wurden dann noch **Knut Langenbach** und **Dieter Haase** gewählt. Damit hatte der Wahl-Marathon ein Ende.

Experten-Diskussion „Eine Schule für alle“

Den Schwerpunkt des zweiten Nachmittags bildete das Thema „Eine Schule für alle“. Als sachverständige ReferentInnen waren geladen: Monika Buttgeit, die Vorsitzende des Fachausschusses „Stadt des Wissens“ der Berliner ▶



Peter Baumann, Dieter Haase, Holger Dehring und Hans-Jürgen Rausch.

FOTOS: HERSCHELMANN, TRANSIT/C.V.POLENTZ

Zeugniserstellung leicht gemacht!

Das bewährte Programm „Berliner Zeugnisse“ nimmt Ihnen die lästige Schreiarbeit ab. Sie geben nur noch die Daten ein, die Zeugnisse druckt Ihnen Ihr Computer. Das Programm wurde von Kollegen aus der Praxis entwickelt und ist seit mehr als sechs Jahren im Einsatz. Neben der reinen Zeugniserstellung stellt Ihnen „Berliner Zeugnisse“ zahlreiche zusätzliche Funktionen wie Noten- und Klassenlisten, Fehlzeitenübersichten usw. für die Erleichterung ihrer täglichen Arbeit zur Verfügung.

Sie können das Programm aus dem Internet kostenlos herunterladen, um es ausgiebig auszuprobieren. Den Test können Sie mit Ihren echten Daten starten, denn alle Eingaben bleiben beim Einspielen der freigeschalteten Version erhalten. Sie finden das Programm auf unserer Homepage unter

www.gew-berlin.de/zeugnis.htm

Preise

Für GEW-Mitglieder gelten folgende Sonderpreise:

	Online	CD
Grundschule	17,-	25,-
Gesamtschule	37,-	45,-
Hauptschule	17,-	25,-
Realschule	17,-	25,-
Gymnasium	25,-	33,-

Preise für Nicht-Mitglieder unter www.gew-berlin.de/4547.htm, Kollegiumspreise (Mengenstaffel) auf Anfrage.

Die Freischaltung bzw. die Zusendung erfolgt nach Eingang der Zahlung. Updates werden kostenlos oder gegen eine geringe Gebühr im Internet bereitgestellt. Innerhalb eines Jahres nach Erwerb sind alle Updates kostenlos.

Bestellschein: bitte umblättern



ANZEIGE

Hiermit bestelle ich das Programm „Berliner Zeugnisse“:

.....
(Name).....
Vorname).....
(Straße / Hausnummer).....
(PLZ Ort).....
(E-Mail)

- GEW-Mitglied:
(Mitgliedsnummer)
- CD-Version
- Online-Version

.....
(Schulart).....
Wie soll das Zeugnis unterschrieben werden?

Den Betrag von Euro habe ich auf das
Konto der GEWIVA, Konto-Nr. 15 42 92 95 00
bei der SEB-Bank Berlin (BLZ: 100 101 11)
überwiesen.

.....
Ort/Datum.....
Unterschrift

Berliner Zeugnisse



Ronald Rahmig, Michael Martin, Klaus Schroeder und Rainer Hansel.

FOTOS: HERSCHELMANN, TRANSIT/C.V.POLENTZ

► SPD, der Vorsitzende des Berliner Landeschulbeirats Manfred Thunig und Gabriela Christiansen, die in der Schleswig-Holsteinischen GEW das Referat Bildungspolitik leitet. Moderator der Diskussion war Thomas Isensee. Thomas hatte drei Leitfragen gestellt, an denen sich die drei DiskutantInnen entlang hangelten: Was sind die Ziele und Ideen des Projektes Schule für alle? Wie steht es um zu erwartende Schwierigkeiten und Widerstände? Was sind die Perspektiven bei der praktischen Umsetzung, sowohl organisatorisch, pädagogisch, zeitlich und kostenmäßig?

In der Diskussion, in die sich auch die Delegierten einschalteten, stellte Monika Buttgerit zunächst den unter ihrer persönlichen Mitwirkung auf dem Landesparteitag der Berliner SPD Anfang April gefassten Beschluss vor. PISA, IGLU und andere Untersuchungen hätten gezeigt, dass die für Deutschland blamablen Ergebnisse vor allem auf zwei Gründe zurückzuführen seien: den in Berlin hohen Anteil von Schülerinnen mit Migrationshintergrund und daraus resultierende Sprachschwierig-

keiten und den in manchen Gebieten hohen Prozentsatz von Kindern aus sozial benachteiligten Schichten. Beispiele aus anderen Ländern hätten gezeigt, dass Schulen, in denen SchülerInnen über einen längeren Zeitraum nicht segregiert, sondern gemeinschaftlich beschult werden, die Chance böten, dass Kinder in für sie schwächeren Fächern von den besseren lernten und somit insgesamt bessere Ergebnisse erzielt würden. Die von der SPD vorgeschlagene gemeinsame Schule von Klasse eins bis zehn böte eine solche Chance.

Natürlich ginge das mindestens zu Beginn nicht ohne zusätzliche Sach- und vor allem Personalmittel. In Berlin sei der Hauptkontrahent Finanzsenator Sarrazin. Sie traue sich zu, ihm im Laufe der Zeit klar zu machen, dass schlechte Bildung und die daraus entstehenden Folgen auf Dauer noch teurer seien.

Manfred Thunig unterstützte den Beschluss der SPD, machte aber aufgrund der Erfahrung mit dem Senat und der Berliner SPD verschiedentliche Beden-



Ein ordentlicher Wahlvorgang.

FOTO: TRANSIT/POLENTZ



Rosi Pomian, Sigrid Baumgardt, Peter Sinram und Knut Langenbach.

FOTOS: HERSCHELMANN, TRANSIT/C.V.POLENTZ

ken geltend. Gabriela Christiansen wies darauf hin, dass die SPD (und mit ihr die GEW und andere Organisationen) in Schleswig-Holstein nicht in erster Linie von den bildungspolitischen Problemen auf die Schule für alle gekommen sei. Vielmehr hätten in dem Flächenland in vielen Regionen wegen des Geburtenrückgangs nicht genügend SchülerInnen für das insgesamt sowieso für falsch gehaltene dreigliedrige Schulsystem zur Verfügung gestanden. Ernst Rösner vom Institut für Schulentwicklungsforschung der Universität Dortmund habe das in seinem vielzitierten Gutachten deutlich zum Ausdruck gebracht. Auch dieses Problem hätte mit der „Schule für alle“ gemildert werden

können. Dass die Verwirklichung der schleswig-holsteinischen Koalitionsabsicht von Rot/Grün nun aufgrund der neuen Koalition mindestens verzögert werde, sei klar. Gleichwohl stünde das Konzept nahezu unverändert im Koalitionsvertrag der neuen schwarz-roten Regierung.

Beschlüsse der LDV

Zum Thema dieser Diskussion wurde danach ein Antrag beschlossen, in dem der Beschluss der Berliner SPD, eine Schule für alle Kinder und Jugendlichen bis zur 10. Klasse anzustreben, grundsätzlich begrüßt und eine Zusammenar-

beit zur Durchsetzung dieses Ziels angeboten wird. Von den weiteren Anträgen konnten aus Zeitgründen nur noch ein Antrag zur „Berufsausbildung für Jugendliche mit besonderem Förderungsbedarf“ und ein Antrag zur „Werteerziehung“ diskutiert und verabschiedet werden – und natürlich der Haushaltsabschluss 2004. Weitere Anträge zu den Themen „Flexible Schulanfangsphase“, „Ausstattung der Ganztagsgrundschulen“, „Vergleichsarbeiten“, „Arbeitszeit der Lehrkräfte“, „Hochschulverträge“ und „Entlassungen an der Charité“ wurden an den Landesvorstand überwiesen und sind dort inzwischen beschlossen worden.

Die Beschlüsse der Landesdelegiertenversammlung und des Landesvorstandes sind auf der Internetseite der GEW BERLIN (www.gew-berlin.de) dokumentiert. Das Schwerpunktthema der nächsten Delegiertenversammlung Ende November hat den Arbeitstitel „Zukunft der GEW BERLIN“ und wird in verschiedenen Untergruppen über Zustand und Entwicklung der Gewerkschaftsarbeit beraten. ■

IN GESELLSCHAFT KULTUR ERLEBEN



Im August startet die GEW BERLIN ein Kulturprogramm für ihre Mitglieder. Folgende Veranstaltungen werden 2005 stattfinden:

21. August 2005, 20.30 Uhr

Hexenkessel-Hoftheater:

Being Othello

10 Euro für Mitglieder/ 15 Euro für Nichtmitglieder

Der Kartenverkauf hat begonnen.

17. September 2005 ganztags

Radtour im Fläming (Skater-Kurs)
Anmeldungen bei Manfred Triebe

20. November 2005, 20.00 Uhr

Ratiborthheater: Improvisationstheater „Die Gorillas“

15 Euro für Mitglieder/ 20 Euro für Nichtmitglieder

„Berlins wohl bestes Impro-Theater“ (Zitty 01/2005)

Das Programm wird 2006 fortgesetzt. Weitere Informationen bei Rose-Marie Seggelke, Manfred Triebe, Gabriele Mairowitsch und Klaus-Peter Boertzler. Die Telefonnummern findet ihr im GEW-Kalender.

Wir sind im Ruhestand aktiv

Ein kleiner Rückblick auf unsere Veranstaltungen.

von Gerhard Schiller, Vorsitzender Seniorengruppe Lichtenberg

Wir SeniorInnen aus Lichtenberg wollen durch mitgliedernahe, altersgerechte Gewerkschaftsarbeit die Interessen der KollegInnen im dritten Lebensabschnitt aufgreifen. Wer bei uns mitmachen möchte, ist herzlich eingeladen und muss sich nur in der Geschäftsstelle der GEW an- bzw. ummelden.

Ein kleiner Rückblick über unsere Aktivitäten in den vergangenen Jahren: Wir besuchten gemeinsam verschiedene interessante Museen, so z.B. das Märkische Museum, das Zucker- sowie das Schokoladenmuseum, das Zille Museum, die Anna-Seghers-Gedenkstätte oder auch das Haus der Wannsee-Konferenz. Zusammen unternahmen wir auch viele Wanderungen und lernten dabei sowohl verschiedene Berliner Bezirke, als auch das Umland in Brandenburg kennen. Bei mehreren Veranstaltungen haben wir uns zur Gesundheitsreform, zur Pflegeversicherung, zum Patiententestament und zur Patientenverfügung informiert und dabei auch Fragen zur Lebensqualität und zum erfolgreichen Altern diskutiert. Mit Vertretern der Parteien sprachen wir über die Themen Absenkung des Rentenniveaus und über Rechtsextremismus. Auch die Kultur kam nicht zu kurz. Bei uns waren u.a. zu Gast die Schauspielerinnen Renate Geißler und Angelika Neutschel mit dem Heinrich-Heine-Programm „Das Glück ist eine leichte Dirne“, die Schriftstellerin Elfriede Brüning und die Vortragskünstlerin Inge Kappahn begeisterte uns mit einem Portrait über Claire Waldoff. Abschließend sei noch erwähnt unsere jährlich stattfindenden Adventfahrten: In diesem Jahr werden wir nach Leipzig fahren. ■

„Mit und gegen den Strom“

Ein Nachruf auf Ursula Schaar.

von Michael Cramer, Europaabgeordneter von Bündnis 90/Die Grünen

Ursula Schaar ist tot. Sie starb im Alter von fast 82 Jahren am 28. April 2005. Für die GEW BERLIN und auch für die Alternative Liste für Demokratie und Umweltschutz, dem Vorläufer der Grünen, repräsentierte Ursula Schaar die zahlenmäßig sehr kleine Eltern-Generation der aufmüpfigen 68er-Bewegung. „Mit und gegen den Strom“ war das von ihr selbst gewählte Motto ihres Lebens. Sie stritt mit uns gegen die von der SPD zu verantwortenden Berufsverbote und Unvereinbarkeitsbeschlüsse, gegen den Napalm-Krieg der USA in Vietnam. Sie unterstützte die Hausbesetzerbewegung, die sich für eine andere Wohnungspolitik einsetzte.

Sie stritt auch für „Atomkraft? – Nein Danke!“ Ich kann mich noch gut erinnern, wie wir Neuköllner SchülerInnen, Eltern und LehrerInnen nach Bonn zur großen Anti-AKW-Demo am 14.10.1979 fuhren und in meiner Heimatstadt Ennepetal übernachteten. Nur so war es zu Mauerzeiten möglich, von West Berlin aus rechtzeitig zur Demo zu kommen. An dieser Demonstration nahmen übrigens mehr als 100.000 Menschen teil. Die Menschenrechte, insbesondere das Recht auf freie Meinungsäußerung, verteidigte sie, auch und gerade wenn sie die Meinung der anderen nicht teilte. Beim Einfordern von demokratischen Freiheiten blieb sie „zweiäugig“, in der DDR und Osteuropa fand sie nur die Dissidenten interessant.

Als die GEW BERLIN 1977 aus der GEW Bund und aus dem DBG rausflog, weil sie sich als Einheitsgewerkschaft und nicht als sozialdemokratische Richtungsgewerkschaft verstand, blieb Ursula Schaar nicht in der GEW BERLIN, sondern trat in die GEW im DGB ein. Es muss ihr schwer gefallen sein, denn inhaltlich vertrat sie die Position der GEW BERLIN im Kampf gegen Unvereinbarkeitsbeschlüsse und Berufsverbote. Nach der 1979 erfolgten Fusion der gespaltenen Berliner GEW wurde sie dann in Neukölln Bezirksvorsitzende.

Sie hatte die Fähigkeit, uns aufbrauchende und freche Youngsters gewähren



Ursular Schaar.

FOTO: PRIVAT

zu lassen und uns Schutz zu geben. Niemals werde ich vergessen, wie der Stadtrat in den Gesprächen mit der Bezirksleitung immer wieder versuchte, Ursula Schaar auf seine Seite zu ziehen. Es ist ihm nicht gelungen.

Es waren bewegte Zeiten und Ursula ging zusammen mit der Bezirksleitung voller Elan und nach dem Motto „freche Lehrer jammern nicht“ an die Arbeit. Bezirksinfos wurden herausgegeben, Missstände an der Neuköllner Schule publik gemacht und die Beschränkung der Meinungsfreiheit öffentlich kritisiert. Neben dem Einsatz für bessere Bedingungen für benachteiligte Schüler waren die Themen auch immer wieder die politischen Disziplinierungs- und Einschüchterungsversuche durch den Volksbildungs-Stadtrat Böhm. Auch der Kampf gegen das „Plakettenverbot“ hatte in Neukölln seine Urheberschaft. Kolleginnen der 9. Sonderschule weigerten sich, bei einem Stadtratsbesuch die Plakette „Atomkraft? – Nein Danke!“ abzunehmen und wurden mit einem Plakettenverbot belegt. Die dagegen angestregte Klage war erfolgreich: Der damalige Richter Peter Strieder entschied zugunsten der Meinungsfreiheit, der li-

berale Schulsenator Walter Rasch akzeptierte diese Entscheidung.

Den größten Erfolg verzeichnete die GEW Neukölln aber im Juni 1980 mit der Herausgabe der Broschüre „Schwarzbuch Böhm – dieser Stadtrat muss weg“. In nicht weniger als 16 Fällen hing das Damoklesschwert eines Berufsverbots über Neuköllner Kolleginnen. Als Vorsitzende übernahm Ursula Schaar zusammen mit ihren Vorstandsmitgliedern die Verantwortung für die Veröffentlichung. Das Bezirksamt stellte Strafantrag und das Amtsgericht Tiergarten verurteilte die Herausgeber zu einer Geldstrafe von mehr als 30.000 DM. Daraufhin haben sich 200 Neuköllner Lehrkräfte solidarisch und öffentlich zur Herausgabe des Schwarzbuchs bekannt. Die Berufungs-Verhandlung wurde ein voller Erfolg für die GEW Neukölln. Der Richter stellte das Verfahren gegen eine Geldbuße von 50 DM für das Berliner Frauenhaus ein, worin die Presse eine schallende Ohrfeige für den Stadtrat und die ihn bis zuletzt stützende SPD sah. Böhm ist dann bei den nächsten Wahlen 1981 nicht mehr angetreten. Dafür zog nun Ursula Schaar als schulpolitische Sprecherin für die erste Fraktion der Alternativen Liste ins Abgeordnetenhaus.

Die sozialdemokratisch und kommunistisch geprägte Familie des Arbeiterkindes Ursula Schaar lebte in sehr engen Wohnverhältnissen in Neukölln, war „arm wie eine Kirchenmaus“. Aber sie haben ihre Tochter bewusst in eine der wenigen „weltlichen“ Grundschulen geschickt. Ursula Schaar ist ihrer Heimatstadt Berlin treu geblieben, in der sie die Weimarer Republik, den Faschismus, den Krieg, die Nachkriegszeit, die Spaltung und die Wiedervereinigung erlebt hat. In ihrem reichen Leben folgte sie immer ihrem selbst gewählten Motto „mit und gegen den Strom“. Ihre Ideale hat sie weitergegeben an die vielen, die sie kannten und die mit ihr zusammengearbeitet haben, und an ihre Kinder Katrin und Peter. Ursula, du wirst uns fehlen. ■

Erziehung und Bildung in Venezuela

Über die „bolivarianische Revolution“ können sich GewerkschafterInnen in den Herbstferien auf einer Studienreise informieren.

von Werner Schumann

Über Venezuela ist in deutschen Medien nicht viel zu lesen, es sei denn kritisch ablehnend. Präsident Hugo Chávez gilt als autoritärer Populist, der von der US-Regierung als Bedrohung für die Demokratie angesehen wird. Da mich dies an meine Zeit als Auslandsschullehrer in Chile in den 1970ern erinnerte, habe ich mich 2004 an einer Studienreise beteiligt, um mir einen Eindruck über die gesellschaftliche Realität und die „barrios“ (Armenstadtteile) zu verschaffen. Die Begegnung mit vielen engagierten Menschen und ihrem täglichen Kampf um bessere Lebensbedingungen haben mich und Dario Azzellini, Autor und Venezuelakenner, dazu bewogen, mit der Berliner GEW in den Herbstferien eine Studienfahrt nach Venezuela zu planen. Neben der Einschätzung der „Revolución bolivariana“ wollen wir vor allem die Arbeit der Basisgruppen und die Regierungsprogramme im Bildungssektor kennen lernen.

In Venezuela lebt ein Großteil der Bevölkerung in Armut. Bildung war bis vor wenigen Jahren „elitär und exklusiv“ im Sinne von ausschließend. Doch in der neuen Verfassung von 1999 wurde Erziehung „als Menschenrecht und fundamentale soziale Pflicht“ verankert. Weil aber die traditionelle Schule zu schwerfällig reagierte, wurden im ganzen Land „Escuelas Bolivarianas“ errichtet: Ganztagschulen, die drei Mahlzeiten am Tag bieten. Die „bolivarianische Schule“ soll eine „partizipative und demokratische Schule“ sein, „ein Modell integrativer pädagogischer Aufmerksamkeit“ und „eine Schule, die gegen den erzieherischen Ausschluss kämpft“.

Auf unserer letzten Reise konnten wir erleben, wie sich Eltern und LehrerInnen in einem nur mit Jeeps zugänglichem „barrio“ von Caracas voller Stolz für ihre Schule einsetzen. Die vorschulische Erziehung – früher ein Luxus der Ober- und Mittelschicht – wird durch den Ausbau kostenfreier öffentlicher



Ein Großteil der Bevölkerung lebt in Armut.

FOTO: DARIO N. AZZELINI

Kindergärten allen Schichten zugänglich gemacht.

Da die alte Verwaltung die Umsetzung der Reformen erschwert, werden „Misiones“ organisiert. Sie sind zentral gesteuert und finanziert, beruhen aber auf der aktiven Beteiligung vor Ort. Hier tragen vor allem Frauen die Arbeit. Das Alphabetisierungsprogramm „Mision Robinson“ zeigt, wie groß die Beteiligung ist. Mehr als 125.000 Helfer transportierten die Schüler und Materialien und stellten Höfe und Häuser als Unterrichtsräume zur Verfügung.

Zum Jahrestag der Gründung der „Mision Robinson“ erklärte Präsident Chávez: „Die einzige Möglichkeit, der Armut ein Ende zu machen, ist den Armen Macht zu geben. Wissen und Bewusstsein sind die wichtigste Macht.“ So haben in den letzten beiden Jahren knapp 1,4 Millionen Menschen – 67 Prozent davon Frauen – lesen und schreiben gelernt. Alle mit der Methode „Yo si puedo“ („ja, ich kann“), die in Kuba auf Basis der Befreiungspädagogik von Paulo Freire entwickelt wurde.

In Ergänzung kann in der „Mision Robinson 2“ die Grundschule nachgeholt werden, seit 2003 bietet die „Mision Ribas“ breiten Kreisen eine Sekundarbil-

dung, die „Mision Sucre“ die Hochschulreife und ein neues Universitätssystem über 250.000 zusätzliche Studienplätze. Die „Mision Barrio adentro“ hingegen bietet mit Unterstützung von 13.000 kubanischen Ärzten vielen Armen erstmals eine medizinische Versorgung.

Grundlage des „bolivarianischen Prozesses“ ist die „partizipative Demokratie“, die aktive Beteiligung der BürgerInnen. Und auch wenn der Personenkult für uns teils bedenkliche Formen annimmt, der Sieg Chávez' beim Referendum zu seiner Abwahl im August 2004 machte die breite Identifikation mit dem Transformationsprozess deutlich. Doch die Entwicklung, die die Regierung als Gegenmodell zur neoliberalen Globalisierung versteht, ist ständigen Destabilisierungsversuchen der Opposition und der USA ausgesetzt. Dennoch hat Venezuela im Vergleich zu Chile oder Nicaragua unvergleichbar günstigere Voraussetzungen. Der Ölreichtum ist wirtschaftlich und politisch auch international ein Machtfaktor.

Wir wollen uns als Gewerkschaftsmitglieder konstruktiv und kritisch mit diesem historischen Prozess auseinandersetzen, die Studienreise soll dazu einen Beitrag leisten. Es erwartet euch ein nachhaltiges persönliches und politisches Erlebnis und die Vision von einer anderen Welt, die vielleicht doch möglich ist! ■

Reiseveranstalter: Barbara Köhler/„profil-cuba-reisen“. Reisebegleitung: Prof. Dr. Werner Schumann (We.Schumann@t-online.de) Tel.: 030/21 91 52 09 und Dario Azzellini. Reisekosten: Bei 20 TeilnehmerInnen ca. 1550 Euro. Wir bemühen uns um Zuschüsse. Ein detailliertes Programm kann bei profil-cuba-reisen angefordert oder unter www.profil-cuba-reisen.de heruntergeladen werden. Weitere Informationen zu Venezuela: www.azzellini.net, www.venezuela-avanza.de Dazu gibt es eine Veranstaltung am 31. August: siehe blz-Rückseite.

IMM INSTITUT FÜR
MUSIKTHERAPIE
WALDHÜTERPFAD 38 · 14169 BERLIN
Pädagogik allein reicht oft nicht!
Berufsbegleitende Aus-/ Weiterbildung Sozial-
therapeutische Musikarbeit für Sonder-/ Pädä-
gogInnen, ErzieherInnen, SozialpädagogInnen ect.
www.musiktherapieberlin.de
INFO-TEL.: 030 - 813 50 80

IG Institut für
Gruppendynamik
Supervisionsgruppen
für Lehrerinnen und Lehrer
Andrea Riedel, Lehrerin, Supervisorin (DGG)
Angela Krapp-Achtzehn, Lehrerin, Supervisorin (DGG)
Kantstr. 120/121, 10625 Berlin
☎ 313 28 93 e-mail: DAPBerlin@aol.com

(Ver-)Änderungen selbst gestalten
Supervision, Coaching, Beratung für Einzelne und Gruppen
Gestalt-OrganisationsberaterIn,
Dipl. Soz. Päd. Petra Gänsicke-Voss
Tel.: 030-82 70 68 33

Natur zum Anziehen
SEIDE – LEINEN – BAUMWOLLE



direkt am S-Bhf. Lichterfelde Ost
Jungfernstieg 4 B · 12207 Berlin
Telefon 7 72 53 56 · Gertrud Hillmann
Mo. - Fr. 10-18, Sa. 9-13 Uhr.
!!! AUCH GROSSE GRÖSSEN !!!
!!! NEUE KOLLEKTION !!!

Supervisionsgruppe
für Lehrer/innen hat
noch freie Plätze
Info: **Ina Kaufmann**
Dipl. Päd. / Supervisorin (DGSv)
Tel: 030/ 693 68 90, e-mail:
ina.kaufmann@t-online.de



Szene aus dem Grips-Stück „Hier geblieben“ mit Javeh Asfjajh als Tanja (ab 12). Eine mobile Theaterproduktion, die zur Aufführung auch in die Schulen kommt. Entstanden im Rahmen der bundesweiten Bleiberechtskampagne. FOTO: JÜRGEN SCHEER

KLINIK NIKOLASSEE
Private Fach-Akutklinik

Innere Medizin - Kardiologie - Psychotherapie - Neurologie
Leitung: Dr. med. Thomas Bodemann, Internist - Dipl. Psychologe

- Herz-Kreislauf-Erkrankungen
- Alkohol- u. Tablettenmissbrauch
- Depressionen
- Angstzustände
- Panikattacken
- Schlafstörungen
- Schmerzen/Fibromyalgien
- Schwindelzustände
- nervöse und Erschöpfungszustände/ Burn-out-Syndrom

Private Kassen · Beihilfe · Postbeamten-B
24-Std. Akutaufnahmen! ☎ 803 09 10
14129 Berlin · Von-Luck-Str. 3 · www.klinik-nikolassee.de

Von hier an geht es aufwärts!
HOTLINE: 07221/39 39 30

Klinik am Leisberg
BADEN-BADEN

Privatklinik für psychologische Medizin
Mit Fachabteilung für Essstörungen

In einer Stadt mit besonderem Flair und Ambiente bieten wir einen individuellen und erfolgreichen psychotherapeutischen Ansatz zur Behandlung psychischer Konflikte und Erkrankungen, von der Diagnostik bis zur Therapie!
Indikationen: Depression, Angst- und Paniksyndrom, Belastungsreaktionen, Schlafstörungen, **Essstörungen**, Zwänge, Erschöpfungssyndrom („Burn-out“), Schmerzen
Kostenübernahme: Privatversicherungen, Beihilfe, PBeaKK

Gunzenbachstr. 8, **76530 Baden-Baden**
Fax: 07221/39 39 350 • www.leisberg-klinik.de • info@leisberg-klinik.de

THEATER KRITISCH GESEHEN

„Hier geblieben“, meint **Grips** und seine Theaterpädagogik zum Problem der Abschiebungen (von in Berlin aufgewachsenen Kindern und Jugendlichen). Das Stück, ohne großen Aufwand für Schul- und Klassenräume eingerichtet, wird einer wirklichen Geschichte (ein wenig zu agitatorisch) in Zusammenhang mit Diskussion und Arbeitsmaterialien aber eine vorzügliche Aufbereitung eines wichtigen Themas. Schon in der Vorbereitung des Programms wurde ein Netzwerk aus vielen Initiativen zusammengeknüpft; durch die Aufführung werden die Schüler in diese Arbeit mit hinein genommen. Und deutlich wird durch Zuschauer und Beteiligte, welcher Schatz an Vitalität, Kraft, Lebendigkeit für das müde Europa die „Flüchtlingskinder“ sein können – vorausgesetzt, dieser Schatz wird nicht nur verwahrt (oder sogar verschluckt), sondern bewahrt und gefördert (ab 12).

Findige Theaterleute entdecken in Berlin immer wieder verborgene Räume mit unverwechselbarem Charme oder besonderer Ausstrahlung. So spielt das **Dramatische Theater** im Spiegelsaal des Ballhau-

ses Mitte eine dramaturgisch hoch anspruchsvolle Montage mit einem spannenden Thema: der Diskussion zwischen einer christlich, monotheistisch definierten Erlösung im Jenseits und der antiken Katharsis (als innerweltliche Reinigung unter griechischem Götterhimmel). Texte von Homer (Die Heimkehr des Odysseus), Kleist (Erdbeben in Chili) und Hrotswitha von Gandersheim werden dann vorwiegend theatral gestaltet und zu wenig als Beiträge zum intellektuellen Streit der drei Schauspielerinnen. Der ungewöhnliche Saal spielt mit und eröffnet die Möglichkeit zu einer optisch faszinierenden Spiegelszene auf dem Balkon (ab Sek II). Eine ähnlich überraschende Raumentdeckung ist das **Medizinische Museum** der Charité (mit einer eindrucksvollen Aufführung des Psycho-Falls Schreiber).

Weniger überzeugend ist, was das **Haus der Kulturen der Welt** unter dem Titel „Schönheit“ zusammengestellt hat: mehr Sammelsurium als Exempel eines Konzepts. Immerhin werfen Exponate und Aufführungen die Frage auf (von jemandem hinter mir stöhnend formuliert): „Das

soll schön sein?"

Hau 1 bis 3, die drei Häuser mit dem scheußlichen Namen, bringen ein überaus diverses, schwer überschaubares Programm mit meist unüblichen Darstellungsformen, die zumindest zur Diskussion herausfordern. „*Sprechen die Teile vom Ganzen?*“ – die Tanzgruppe aus Lima benennt mit diesem eher kryptischen Satz sehr genau ihre Vorgehensweise. Ihr Spiel mit Körperteilen und Gegenständen, dann mit dem Körper und mehr und mehr mit dem Publikum ist eine zärtlich stille Hommage an die menschliche Gestalt von hoher Sensibilität, mit viel Zeit, Ruhe, Geduld und hohem tänzerischen Können entwickelt: leichtfüßig, spielerisch charmant – und ganz unspektakulär bescheiden. – Von ähnlich stiller Qualität ist Jelineks „*Rosamunde*“ in der Inszenierung von Häusermann. – Lärmig und grob dagegen „*Alarm Berlin Shanghai*“, eine ungewöhnliche Mischung mit historischen Splittern aus China, Folklore, politischer Aussage und Verköstigung; mit monotonen, manchmal läppi-schen Bewegungsstudien (oft zu überlauter Musik), mit Videovortrag und (witzig gemeintem?, aber albernem) Kommentaren; dazu holzschnittartig grobe Lehrstückszenen von kräftiger Wirkung (im Brecht-Stil und zum Teil mit seinen Texten). Bruchstücke also – aber allemal einladend zur Diskussion (und mit seiner Fragment-Dramaturgie auch schon ab 15; freilich sollte man die Zeit haben, anschließend noch mit dem Spielern zu diskutieren).

Hans-Wolfgang Nickel

THEATER

Grips Theater

Theaterferien bis zum 9. August. *Linie 1*: 12./13./17./19./20./22. und 23.8. sowie 1. bis 3.9. jeweils um 19.30 Uhr. *Baden gehen*: 26./27./30. und 31. 8. jeweils um 19.30 Uhr. *Eins auf die Fresse* (ab 13): 6. bis 8. 9. um 11 Uhr. *Der Ball ist rund*: 11.9 um 16 Uhr; 12./13.9. um 10 Uhr. *Lena in der Wüste* (ab 5, Schiller-Werkstatt): 4.9. um 16 Uhr; 7./8.9 um 11 Uhr. Grips Theater, Altonaer Straße 22, 10557 Berlin, Tel. 397 474 77 oder 397 474 0.

Freilichtbühne Zitadelle Spandau

Pippi Langstrumpf: Erstmals nach 25 Jahren steht Pippi Langstrumpf in Berlin auf der Bühne! Im Rahmen des Spandauer Kultursommers wird sie auf der Freilichtbühne Spandau ihren 60. Geburtstag feiern! Mit einem echten Pferd auf der Bühne! Die Produktion ist exklusiv für Spandau zusammengestellt worden. Offizielle Premiere war am 22. Juni. Termine Juli/ August: Das Stück wird jeweils nachmittags gezeigt am Samstag/ Sonntag und Mittwoch. Nach den Ferien am 17./18.8., am 23./24.8. sowie am 31.8./01.09. um 10.30 Uhr. Letzte Vorstellung am 4. September. Info und Karten: Tel.

627 059 26 oder pippi-karten-spandau@arcor.de.

Theater an der Parkaue

Macbeth: Sommertheater im Innenhof der Humboldt-Universität mit Menschen, Puppen und Musik. Ein Koproduktion mit der Hochschule „Enst Busch“. Premiere ist am 12. August. Weitere Spieltermine: 13.8./ 16. bis 20.8./ 23. bis 27.8. jeweils um 20 Uhr. Kartenbestellungen: Tel. 55 77 52 51/ -52/ -53 oder www.parkaue.de
Lehrertag am 7. September: Zum Beginn der neuen Spielzeit werden interessierten Lehrkräften Ausschnitte aus den neuen Stücken gezeigt, werden Fragen beantwortet und Wünsche entgegen genommen. Info und Anmeldung: Tel. 55 77 52 45 (Betina Groß), 55 77 52 48 (Amelie Mallmann)

FORTBILDUNG

Studienreise Südafrika

Vom 01.10. – 13.10. 2005 führt Arbeit und Leben eine Studienreise nach Südafrika durch unter dem Thema „Südafrika – ein Modell für Afrika?“ Geplant sind u.a.: Besuch im Parlament und Gespräche beim Afrikanischen Nationalkongress (ANC) sowie bei der Democratic Alliance (DA) in Kapstadt, Besuch der Gefängnisinsel Robben-Island, wo Mandela inhaftiert war, Besuch einer

Grundschule in den Townships, der deutschen Schule sowie der Cape Town University, Besuch eines Waisenhauses in Soweto, Treffen mit GewerkschaftsvertreterInnen. Der Teilnahmebeitrag umfasst: Linienflug, Transfers, Stadtrundfahrt, Hotelunterkunft in Doppelzimmern (Einzelzimmer gegen Zuschlag), Halbpension, Seminarleitung und Übersetzung, Programmkosten, Vorbereitungsseminar. Mindestteilnahmezahl: 15 Personen Teilnahmebeitrag: 2.550,- EUR ab 25 Tn., 2.650,- ab 20 Tn., 2.750,- EUR ab 15 Tn. Info und Anmeldung über: Arbeit und Leben Berlin, Keithstr. 1-3, 10787 Berlin oder Tel. 21 000 66 0.

Klassenreisen: Informationsfahrt für LehrerInnen

Um die Möglichkeiten ganzheitlichen Lernens auf Klassenreisen kennen zu lernen, können am 20. August 2005 wieder Lehrkräfte aus Berlin und Brandenburg kostenlos an einer Informationsfahrt des Jugendherbergswerkes Mecklenburg-Vorpommern e.V. teilnehmen. Sie lernen die Jugendherbergen Waren an der Müritz und Güstrow und deren unterrichtsergänzende Programme kennen: Schülerinnen können dort ihre sportlichen Fähigkeiten trainieren, der Natur auf die Spur kommen im Umlaufpark Güstrow, lernen aufeinander Rücksicht zu nehmen und Verantwortung zu

ANZEIGEN

Tel. (030) 30 30 83-0

BUSART-TOURS
Das bestgelaunte Bus- und Reiseteam! GmbH

www.busart-tours.de
info@busart-tours.de

Württembergallee 2 | 14052 Berlin
Fax (030) 303083-55

Paarberatung (Dajeb)

von qualifizierter Einzel- u. Paarberaterin. Anfragen unter 4 29 00 55 und r.kuntzke@gmx.de

Ihr gutes Recht

Darf mein Schulleiter unangekündigt meine Unterrichtsstunde besuchen? Wie ist das mit der Anordnung von Mehrarbeit? Muss ich bei Smog-Alarm in der Schule anwesend sein? Mit dem Berliner Recht für Schule und Lehrer finden Sie die Antwort im Handumdrehen! Nur wer seine Rechte kennt, kann sie auch geltend machen! Ein Abonnement des Berliner Recht für Schule und Lehrer hilft dabei.

Papierfassung: 57 Euro* · CD-Rom: 47 Euro*

GEWIVA · Ahornstr. 5 · 10787 Berlin · Tel. 21 99 93-62



*für Nichtmitglieder 10 Euro mehr
Bei Zusendung zusätzlich 8 Euro Versandkosten

„DIE FRAU HAT HUMOR UND WEISS, WOVON SIE SPRICHT“



Gabriele Frydrych
Du hast es gut!
Chance aus dem Schulalltag

...wird Quirin Oberkötter von der Zeitschrift „Locus“ auf dem Cover des gerade erst erschienenen Buch „Du hast es gut“ von Gabriele Frydrych zitiert. Eine wahre Lüge! Wer Frydrychs Glossen in der blz mit Begeisterung gelesen hat, sollte sich diesen schönen Band zulegen: zum Nach-, Wieder- und Neulesen. Verschenken kann man das Buch auch: an KollegInnen, die die Glossen verpasst haben, an Freunde und Bekannte und Leute von der Presse, die hier endlich authentische Informationen über das wahre Leben der Lehrkörper erhalten. Im BoD-Verlag Norderstedt (ISBN 3-8334-2819-8) erschienen und für 9,80 Euro zu erwerben. Auch im GEW-Haus erhältlich.

übernehmen. Die Veranstaltung ist vom LISUM Berlin als Lehrerfortbildung anerkannt. Anmeldung ab sofort bei Susanne C. Müller, Repräsentantin der Jugendherbergen, Tel. 030-447 180 93

AKTIVITÄTEN

Sommerferienprogramm im Labyrinth Kindermuseum

Vom 23. Juni bis 7. August bietet das Labyrinth Kindermuseum Berlin ein Ferienprogramm für drinnen und draußen an. Auf Kinder von 3 bis 10 Jahren warten witzige Spiele unter blauem Himmel, Aktionen rund um die Kinderrechte und natürlich die neue Mitmach-Ausstellung „Volles Recht auf Spunk und Spiel“.

Für das Sommerferienprogramm hat das Kindermuseum

einen eigenen Spiel-Parcours im Freien gebaut. Hier kann man Kühe melken, Würste stopfen, Klopse werfen, das Tischdecken-Angeln-Spiel ausprobieren – und reichlich lachen. Während der Berliner Sommerferien gibt es spezielle Öffnungszeiten: Mo-Fr: 9-18 Uhr, Sa: 13-18 Uhr, So: 11-18 Uhr. Labyrinth Kindermuseum Berlin, Osloer Straße 12, 13359 Berlin, Tel. 499 131 52 Fax: 494 8097 oder www.labyrinth-kindermuseum.de

Gedenkstättenfahrt nach Polen im Oktober

Für Menschen zwischen 15 und 26 veranstalten die Berliner Falken im 60. Jahr nach der Befreiung vom Faschismus eine Gedenkstättenfahrt nach Auschwitz-Birkenau. Sie gehen dort auf Spurensuche, sprechen mit Zeitzeugen, schauen Dokumente an und denken gemeinsam über das Gesehene und Gehörte nach. Kosten voraussichtlich 120 Euro. Infos und Anmelde-Flyer unter www.falken-berlin.de oder Tel. 2 80 51 27.

Projekttag „Sichtbar Werden“

Das Projekt SICHTBAR WERDEN verfolgt den Ansatz, anhand von fünf Porträts realer Personen mit unsicherem Aufenthaltsstatus Jugendlichen in Deutschland einen Einblick in das Thema „Illegalität“, das Leben ohne Aufenthaltsrecht, zu geben. Das Projekt richtet sich an SchülerInnen von der 8. Klasse an bis zum Abitur aller Berliner Oberschulen und ist für Schulen kostenfrei. Interessier-

te können sich unverbindlich an uns wenden: Tel. 30 87 99 25, Anrufbeantworter, wir rufen zurück. Email: sichtbar-werden@web.de

MATERIALIEN

GEW-Broschüre zu Ein-Euro-Jobs

Unter dem Titel „Keine Frage der Moral“ hat die GEW BERLIN einen Ratgeber zur Beschäftigung von Ein-Euro-Jobbern im Bildungsbereich herausgegeben. Die Broschüre informiert über die rechtlichen Grundlagen und die Positionen der GEW und gibt Informationen für betroffene Arbeitslose. Die Broschüre ist im GEW-Haus in der Ahornstraße erhältlich.

Wie Schulen in Deutschland mit Heterogenität umgehen

Nach PISA richtete sich der Blick häufig auf die skandinavischen Schulen, die zugleich sehr gute Leistungen erbringen und professionell mit der Verschiedenheit (Heterogenität) ihrer SchülerInnen umgehen. Aber auch in Deutschland gibt es zahlreiche Schulen, welche die kulturelle Vielfalt oder unterschiedliche Leistungsvoraussetzungen produktiv in ihrer täglichen Arbeit nutzen und den Weg individueller Förderung gehen. Dies dokumentiert der 45-minütige Film, den Paul Schwarz im Auftrag der GEW gedreht hat. Vom Kindergarten bis zur Berufsbildenden Schule und zur Lehrerbildung zeigt er anregende Beispiele des Umgangs mit Heterogenität. Der Film ist als VHS-Kassette für 15 Euro plus Porto und Versandkosten im GEW-Shop erhältlich: CALL A GIFT Service, Schafgasse 23, 63225 Langen, Fax 0180/50 50 401 oder 06103/20 45 84, gew-shop@callagift.de. Mehr zum Thema Heterogenität: www.netzwerk-heterogenitaet.de

Der LesePeter

Im Monat Juli 2005 erhält den LesePeter das Sachbuch von Claude Nuridsany & Marie Perennou: *Genesis – Woher kommen wir?* Aus dem Französischen von Cornelia Panzacchi. Hildesheim: Gerstenberg 2005 144 Seiten, 24,90 Euro. Der LesePeter ist eine Auszeichnung der Arbeitsgemeinschaft Jugendliteratur und Medien (AJuM). Die ausführliche Rezension (mit pädagogischen Hinweisen) ist im Internet unter

www.AJuM.de oder www.LesePeter.de abrufbar.

Deutscher Jugendliteraturpreis

Die Nominierungsliste für den Deutschen Jugendliteraturpreis 2005 ist soeben erschienen und präsentiert die 30 für den diesjährigen Jugendliteraturpreis nominierten Titel mit Angaben zu den Autoren und den Begründungen der Jury. Erhältlich zu einem Einzelpreis von 1,60 Euro über bestellung@jugendliteratur.org oder Tel. 089 45 80 806.

STELLENBÖRSE

Die Hermann-Herzog-Grundschule in Wedding sucht eine teamerprobte Lehrerin. Wir sind eine kleine Grundschule im Bezirk Mitte (Wedding). Unsere Schwerpunkte sind: Gemeinsame Erziehung und die individualisierte Schulanfangsphase. Wir suchen LehrerInnen hauptsächlich für Naturwissenschaft, Englisch, Sonderpädagogik. Im kommenden Schuljahr brauchen wir je eine/n TeampartnerIn für die Leitung einer Klasse 6 und Klasse 3. Näheres unter www.hhs-berlin.cidsnet.de oder Tel. 200 94 20 50 (Frau Schwerkolt)

Grundschule am Kollwitzplatz, luxussaniert, nettes Kollegium, lernfreudige Kinder, sucht zum Schuljahresbeginn 2005/06 noch DRINGEND eine Grundstufenlehrkraft. Da der Senat aufgrund der finanziellen Lage keine Neueinstellungen mehr zusagt, suchen wir eine Lehrerin, die sich noch kurzfristig umsetzen lassen will. Kontaktaufnahme: broetzma@startplus.de oder Tel.: 01 73-2 18 81 89

INTERNET

www.lids-berlin.de heißt die Internetseite der Landesarbeitsgemeinschaft für Darstellendes Spiel in der Berliner Schule. Hier gibt es alle Termine und Informationen.

www.hier.geblieben.net bietet alle Informationen zum Aktionsprogramm für das Bleiberecht von Kindern und Jugendlichen und deren Familien. Eine Aktion des Grips-Theaters, unterstützt auch von der GEW BERLIN.

WHY?

BESUCHT DAS
Anti-Kriegs-Museum
IN BERLIN-WEDDING
BRÜSSELER STR. 21
(NAHE U-BAHNHOF AMRUMER STR.)
TEL.: 454 90 110
GRUPPENBETREUUNG nach VEREINBARUNG:
TEL.: 402 86 91
TÄGLICH GEÖFFNET
von 16.00 - 20.00 UHR

Eintritt frei

Darlehen supergünstig *1) nominal 2,50% ab 2,90% effektiver Jahreszins
Hypotheken- & Beamendarlehensdiscounter
 30-jährige Beraterkompetenz Vermittlungskosten frei

Beamendarlehen supergünstig, z. B. Beamtin a. L. oder unkündbare Angest., 40 Jahre, 14 Jahre Laufzeit, bei 30 000,- €, mtl. *318,- €, bei 60 000,- €, *633,- € Rate, *jeweils inkl. Zins- und Lebensvers.-Prämie, Festzinsgarantie ges. Laufzeit 5,70%, effektiver Jahreszins 6,22%, b. 14 Jahre. Superangebote auch zu Lfz. 12 Jahre und 20 Jahre. Kürzere Laufzeit bei Gewinnanteilsverrechnung. *1) Extradarlehen nominal 2,50% ab 2,90% effektiver Jahreszins ab Zuteilung mit neuem Bausparvertrag. Supergünstige Annuitätenhypotheken, Beleihung bis 100% plus EHZ.

AK-Finanz Kapitalvermittlungs-GmbH, Bismarckstr. 85, 67059 Ludwigshafen
www.ak-finanz.de, Telefax: (06 21) 51 94 88, Faxabruf: (06 21) 62 86 09 **Tel. 0800/1000 500**

KLASSENREISEN

Super-Auswahl an Zielen in ganz Europa – zum Beispiel:

Toscana, 8 Tage, Halbpension, Ausflüge ...	ab € 209,-
Spanien, 8 Tage, Halbpension, Ausflüge ...	ab € 199,-
Kroatien, 8 Tage, Halbpension, Ausflüge ...	ab € 199,-
Griechenland, 10 Tage, Halbpension, Ausflüge ...	ab € 359,-
Österreich ... Holland	

Städtetouren Berlin, Prag, Rom, London

KLASSE REISEN GmbH
 Württembergallee 2 • 14052 Berlin
 Tel. (030) 303083-6 • Fax (030) 303083-77
 www.klasse-reisen.com

Katalog unter:
 ☎ 030-303083-6

Studienreisen / Klassenfahrten

8-Tage-Busreise z.B. nach		10-Tage-Busreise z.B. nach	
Wien	ÜF 192,- Euro	Südenland	Ü 213,- Euro
Budapest	ÜF 192,- Euro	Toskana	Ü 202,- Euro
London	ÜF 254,- Euro	Südfrankreich	Ü 230,- Euro
Prag	ÜF 199,- Euro		
Paris	ÜF 224,- Euro		
Rom	ÜF 238,- Euro		

(Unterbringung in Selbstversorgerunterkünften)



Alle Ausflugsfahrten inklusive!
 Flug- und Bahnreise sowie andere Ziele (z.B. Ferienparks in den Niederlanden oder Belgien) auf Anfrage möglich!

REISEBÜRO KRAUSE GMBH • MÜNSTERSTR. 55 a • 44534 LÜDEN
TELEFON (0 23 06) 7 57 55-0 • FAX (0 23 06) 7 57 55-49 • www.rsb-krause.de

Paris

Weltstadflair und Lebensart

5 Tage ab € 130

www.cts-reisen.de

Gruppen- und Studienreisen GmbH
 CTS - Herforder Straße 75 - 32657 Lemgo
 Tel. 05261/2506-0 • Fax 05261/16300
 E-mail: info@cts-reisen.de
 Internet: www.cts-reisen.de

GRENZENLOS REISEN

Busse für jede Gelegenheit

Stadtrundfahrten
 Gruppenreisen
 Klassenfahrten
 Firmenservice
 Transfers

Grenzenlos Reisen
 Straße 22 Nr. 2-10, 13509 Berlin
 Fon: 0 30 43 00 48 0
 Fax: 0 30 43 00 48 79

propolis BAUGESELLSCHAFT MBH

ZIMMEREI
 Neubau • Umbau • Altbau
 Hausschwammbehandlung

MAUREREI
 Putz- u. Stuckarbeiten
 Denkmalpflege • Sanierung:
 Balkon, Keller, Schornstein

INNENAUSBAU
 Holzfußböden
 Kleinreparaturen
 Schimmelpilzsanierung

INGENIEURBÜRO
 Statik • Bauphysik • Gruntachten ...

Oranienstr. 19a • 10999 Berlin
Tel. 614 10 50 • Fax 61 60 93 75

Propolis Farbenladen 615 24 64
 Mo.-Fr. 10-18 Uhr

Sommer • Herbst

BALTIKUM: auf historischen Spuren durch Litauen - Lettland - Estland

KROATIEN: Segel-Kreuzfahrt und Erholen

www.koegelreisen.de

Lothar Kögel 12207 Berlin Tel. 771 30 10
Studienreisen Hartmannstraße 30 Fax 771 30 133

Verlockende Reisen

Marokko Wanderkarawane ab 1650 €
 Gomera Wandern & Relaxen ab 1249 €

Buchen Sie Sonne & Schnee – bei uns gibt es auch den neuen Darjeeling Tee. Flüge und Fahren – weltweit und preiswert!

LockeToursBerlin

Bundesallee 115 12161 Berlin
 Tel. (0 30) 8 52 30 30 Fax 8 52 40 71

Ihre Anzeige in der blz
Tel: 030-21 99 93 46 • Fax: 030-21 99 93 49

Klassenfahrt auf Bauernhof/Reiterhof
 i.d. Lüneburger Heide mit vielen Tieren wie Ponys, Pferde, Heidschnucken, Katzen, Hunde, Kaninchen und ein Esel. Große Spielwiese mit Lagerfeuer, Naturfitness, Fußball, Basketball, Tischtennis, Billard, Reitplatz, Reithalle, Bootfahren und Baden in der Ilmenau. Platz für 34 SchülerInnen.
 Mo. - Fr. 100 Euro ohne Reiten, 140 Euro incl. 4 Reitstunden u. Ausritt. Wochenende Fr. - So. 60 Euro o. Reiten. Preise beinhalten Vollverpflegung u. Getränke. DVD anfordern!

Bienenbüttel Tel. 0 58 23 73 67
www.hoflust.de
 Plätze frei für September 2005

MODERNE KOMFORT-FERNREISEBUSSE

von 8 - 74 Sitzplätzen mit Aircondition, Video, Küche, WC, Telefon, Skikorb, Fahrradanhänger

Ihr Partner mit über 20 Jahren Erfahrung, geschultes und erfahrenes Fahrpersonal mit zertifiziertem Sicherheitstraining.

PRIMA KLIMA REISEN
 www.primaklima.de
 Tel. 030-68 40 98-40 • Fax - 20
 pkr-bus@bln.de

italia casale

FERIENHÄUSER | AGRITURISMO | HOTELS
www.italiacasale.de | 030.30820408
 Manteuffelstr.5a | 12203 Berlin

Vereins- & Schul-T-Shirts
 ab 25 Stück

3,95 € pro Shirt
 1 Seite bedruckt
 Gestaltung kostenlos
 Menge: ab 100 Stück
 Druck: schwarz
 T-Shirt: weiß

INSIGNUM WERBEAGENTUR
 Tel. 030-755 16 950 Fax - 955

Geisterjagd mit Schatzsuche

Mitmachkindertheater für 6-9 jährige Schatzsucher
 Super gruselig – in den Gewölben der Zitadelle Spandau

Mittelalter – Ritter – Burg – Stadt

Unterrichtsbezogener Lehrausgang für die 4. Klasse
 Lehrer und Erzieher sowie Unterrichtsmaterial kostenfrei

Ferieninfo: (030) 361 55 17 & www.zitadelle.de (Thorsten Hanf)

Warum nicht mal nach Schlowe ?

Bungalows in der Mecklenburger Seenplatte.
 Herrliches Naturschutzgebiet. Badensee direkt v.d.Tür.
 Boote -Fahrräder vorhanden Draisinenstation.
 Ideal für Gruppen, Klassen und Familien. Preiswert !

Prospekt anfordern – 030/44 048 8 97
ferienklub@kinderring.de oder mehr Infos im Web:
www.kinderring-berlin.de

11. JULI	18.00 Uhr	Junge GEW	Raum 34
12. JULI	19.00 Uhr	FG Kinder-, Jugendh., Sozialarb.	Raum 33
14. JULI	18.00 Uhr	AG Lehrbeauftragte	Raum 34
21. JULI	17.00 Uhr	Arbeitslose in der GEW	Raum 33
01. AUG	18.00 Uhr	Junge GEW	Raum 34
04. AUG	17.00 Uhr	Arbeitslose in der GEW	Raum 33
	17.00 Uhr	Attac	Raum 47
09. AUG	19.00 Uhr	FG Kinder-, Jugendh., Sozialarb.	Raum 33
10. AUG	18.00 Uhr	FG Gesamtschule	Raum 34
16. AUG	16.00 Uhr	AG Polen	Raum 33
	18.30 Uhr	Landesausschuss multikult. Angelegenheiten	Raum 47
18. AUG	17.00 Uhr	Arbeitslose in der GEW	Raum 33
	18.00 Uhr	FG Schulsozialarbeit	Raum 32
	18.00 Uhr	Kita-AG	Raum 33
22. AUG	18.00 Uhr	Junge GEW	Raum 34
	18.00 Uhr	FG soz.päd. Aus-, Fort-, Weiterbild.	Raum 47
24. AUG	10.00 Uhr	Senioren Ausschuss	Raum 32
	17.30 Uhr	AG Schwerbehinderte	Raum 47
29. AUG	17.30 Uhr	AG Bildungsfinanzierung	Raum 34
30. AUG	17.00 Uhr	AG Gesundheitsschutz	Raum 34
	19.00 Uhr	AG Schwule Lehrer	Raum 47

VENEZUELA VON UNTEN: BILDUNG IST DIE WAFFE DER ARMEN !

Veranstaltung zum gesellschaftlichen Transformationsprozess in Venezuela mit dem Autor und Regisseur Dario Azzellini. Er zeigt seinen Dokumentarfilm „Venezuela von unten“ und berichtet über die Veränderungen in dem lateinamerikanischen Land. Im Mittelpunkt steht dabei das Bildungssystem. Auf der Grundlage der Befreiungspädagogik von Paulo Freire läuft in Venezuela eine breite Bildungsoffensive, die allen Menschen Zugang zu Bildung ermöglichen soll.

Mittwoch, 31. August um 19.00 Uhr im GEW-Haus. Eine Informations- und Diskussionsveranstaltung der GEW BERLIN, Referat B zur Studienreise der GEW BERLIN vom 1. bis 15. Oktober 2005 nach Venezuela: Erziehung und Bildung für alle! Informationen: Prof. Dr. Werner Schumann (We.Schumann@t-online.de) Tel.: 030/21915209 Siehe auch Artikel in dieser blz auf Seite 31!

VERANSTALTUNGEN DER SENIORINNEN

05. Juli um 10 Uhr Spaziergang durch einen neuangelegten Teil des Marzahner Gartens

2. Juli um 10.30 Uhr besuchen wir ein zweites Mal Kreuzberg und lernen einen weiteren Teil unserer Hauptstadt kennen. Treffpunkt am U-Bahnhof Platz der Luftbrücke, Ausgang Dudenstr.

11. August um 10.00 Uhr Führung durch den Kräutergarten des Vereins für Ambulante Versorgung mit Kräuterkauf. Treffpunkt am S-Bahnhof Hohenschönhausen (auf der Brücke)

18. August: Literarisch-Musikalisches Kaleidoskop um 14 Uhr im Club Torstraße 205

8. September: Leben und Wirken Albert Einsteins, 14 Uhr im Club Torstraße 205

BILDUNG IST MEHR ALS AUFBEWAHRUNG

Veranstaltung des Kreuzberger Bildungsforums zur Situation der Berliner (Ganztags) Grundschule mit Mario Dobe und Inge Hirschmann am

18. August um 19 Uhr
Ort: Lenau-Schule, Nostitzstr. 60 in Kreuzberg

BILD DES MONATS

FREIMUT WÖSSNER

